



Nr. 277. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 20. April 1888.

Einkommenstatistik und Einkommensteuer.

Die vor nunmehr 25 Jahren als Organ des ökonomischen Liberalismus von Dr. Faucher begründete „Bierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Politik und Culturgeschichte“, deren Redaktion neuerdings nach dem Tode ihres bisherigen verdienstvollen Herausgebers Dr. med. Eduard Wiß in die Hände ihres langjährigen Mitarbeiters Dr. Karl Braun, des Altmasters des Manchesterums, übergegangen, bringt in ihren neuesten Heften interessante „Beiträge zur Einkommenstatistik von Preußen, Sachsen und Großbritannien“ nebst Bemerkungen über „Einkommensteuerung“ von Dr. Adolf Soetbeer, dem bekannten Göttinger Gelehrten, aus denen wir einige besonders interessante Daten und Streitpunkte hervorheben möchten.

In den 11 Jahren von 1876 bis 1886 hat sich die Bevölkerung Preußens (ohne Hessen) nach den Steuerrollen von 24,8 Millionen auf 27,8 Millionen, also um 12 p.C., die Zahl der als selbst erwerbend eingetragenen Censiten von 8,4 Millionen auf 9,6 Millionen, also in demselben Verhältnis, das präsumtive Einkommen der Bevölkerung dagegen von 7875 Millionen Mark auf 8884 Millionen Mark, also um 13 p.C. vermehrt. Diese 9,6 Millionen Censiten des Jahres 1886 schüttet Soetbeer je nach dem Umfang ihres Einkommens in 6 Klassen: Es haben nämlich von ihnen A. ca. 4 Millionen oder 42 p.C. ein „dürftiges“ Einkommen unter 525 Mark, B. ca. 5 Millionen oder 52 p.C. ein „kleines“ Einkommen von 526—2000 Mark, C. noch keine halbe Million oder 4 p.C. ein „mäßiges“ Einkommen zwischen 2000 und 6000 Mark, D. eines „mittleren“ Einkommens von 6000—20 000 Mark erfreuen sich nur 77 779, E. eines „großen“ von 20 000—100 000 M. nur 10 123 und F. eines „sehr großen“ über 100 000 Mark nur 737 Censiten.

Und zwar betrug das präsumtive Gesamteinkommen: bei Klasse A. über 1½ Milliarden, bei Klasse B. über 4½ Milliarden, bei Klasse C. fast 1½ Milliarden, bei den Klassen D., E. und F. ungefähr 750 bzw. 400, bzw. 150 Millionen Mark. Während also die beiden ärmsten Klassen zusammen 95 p.C. der Bevölkerung bilden, besitzen sie nur 70 p.C. des Volkeinkommens, indeß den übrigen 5 p.C. der Bevölkerung 30 p.C. des Volkeinkommens zufällt. Dabei sind die oberen Klassen notorisch wohl relativ zu niedrig eingeschätzt, in Wirklichkeit also ist der Anteil der ärmeren Klassen am Nationaleinkommen noch geringer, der der reicherem Klassen noch größer, als vorstehende Zahlen es veranschaulichen.

Die Entwicklungstendenz dieser Einkommensvertheilung ergiebt sich aus einem Vergleich der Jahre 1876 und 1886. Er führt zu folgenden Resultaten:

Die unterste Klasse, welche das geringste Einkommen besitzt, hat sich um 22 p.C. und wenn man die Angehörigen mit im Betracht zieht, sogar um 31 p.C. vermehrt, während die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 12 p.C. gestiegen ist. Das Durchschnittseinkommen dieser Klasse betrug im Jahre 1876 pro Kopf 208 M., im Jahre 1886 nur 194 M., ist also um 6 p.C. gefallen.

Die zweitniedrigste Klasse, die der kleinen Einkommen, ist fast stabil geblieben; sie zeigt nur eine Zunahme von 7 p.C. in der Zahl der Censiten und von 5 p.C. in deren Gesamteinkommen. Bei der dritten Klasse, dem Mittelstande, ist die Zahl der Censiten um 13 p.C., ihr Gesamteinkommen um 15 p.C., das Einkommen pro Kopf von 833 auf 855 M., also um ca. 3 p.C. gestiegen. Die Censiten mit einem Einkommen von 6000—20 000 M. sind hingegen, ebenso wie ihr Einkommen, um ein volles Dritttheil (über 33 p.C.) gewachsen und in noch stärkerer Proportion ist die Zunahme bei den „oberen und obersten Zehntausend“ vor sich gegangen: die Zahl der Censiten mit mehr als 20 000 M. Einkommen ist von 1876—1886 von ca. 8000 auf fast 11 000, ihr Gesamteinkommen von ca. 399 Mill. Mark auf ca. 535 Mill. Mark gestiegen. Während also diese Klasse 1876 noch nicht ½ p.C. aller Censiten ausmachte, und fast 5 p.C. des Nationaleinkommens bezog, bildete sie 1886 über ½ p.C. aller Censiten und bezog 6 p.C. des Nationaleinkommens. Zu den höchsten Stufen (von 480 000 M. aufwärts) waren im Jahre 1876 zusammen 24 Censiten mit 26 Mill. Mark, im Jahre 1886 dagegen 33 Censiten mit 53 Millionen Mark veranlagt. Unter jenen 24 domicilierten damals 4 im Regierungsbezirk Breslau und 6 in Berlin; von diesen 33 wohnen jetzt nur noch 2 im Regierungsbezirk Breslau und 13 in Berlin.

Alle diese Zahlen scheinen zu beweisen, daß die Vertheilung des Volkeinkommens sich fortwährend nachtheilig für das Allgemeinwohl und den sozialen Frieden entwickelt, daß die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden, während der Mittelstand im Rückgang begrüßt ist. Soetbeer sucht dies Resultat allerdings durch verschiedene Erwägungen abzuschwächen. Er vermutet, daß auch aus der untersten Stufe der „dürftigen“ in die vorlegte der „kleinen“ Einkommen ein beständiges Aufrücken in größerem Maßstabe stattgefunden habe, und nur deshalb in der Statistik nicht zum Vorschein gekommen sei, weil bei der Veranlagung zu den neuerdings steuerfrei gewordenen untersten Stufen der Klassensteuer zwischen den Vermögen von 420 bis 660 M. und von 660 bis 900 M. nicht mit gleicher Sorgfalt unterschieden werde, wie dies bei den höheren Vermögen der Fall sei. Er weist ferner auf die außerordentliche Zunahme der Spareinlagen und der Lebensversicherungen hin, von denen seiner Meinung nach die ersten größtentheils auf die unteren Einkommensklassen, die letzteren auf den Mittelstand entfallen. Die Zahl der Sparkassenbücher ist allerdings in Preußen in der Zeit von 1876—1885 von 2½ auf 4½ Millionen, der Betrag der Einzahlungen von 395 auf 635 Millionen, der der Rückzahlungen von 293 auf 487 Millionen und der Einlagebestand am Jahresende von 1221 auf 2260 Millionen Mark, ebenso der Bestand der (deutschen und preußischen) Lebensversicherungen in derselben Zeit von 544 275 Personen mit 1757 Millionen auf 755 532 Personen mit 2973 Millionen Mark Capital gestiegen. Wie sich diese Zahlen aber auf die einzelnen Klassen der Bevölkerung vertheilen, dafür fehlt es doch an exakteren Anhaltspunkten. Etwas beweiskräftiger erscheint Soetbeers Hinweis darauf, daß die Einkommenstatistik des Königreichs Sachsen allerdings eine Verschiebung zeigt, welche auf ein allmäßiges Hinaufdrücken der untersten in die vorlegte Einkommensstufe deutet, während sich doch schwerlich jenen zu werden, bewährte sich die Bemerkung, mit welcher

voraussehen lasse, daß in dieser Hinsicht eine wesentliche Verschiedenheit zwischen Preußen und Sachsen obwalten könnte. Endlich betont er, daß die Vermehrung des Reichthums nicht in der Weise erfolge, daß die Zahl der Reichen stabil bliebe, und ihr Einkommen immer stärker wachse; sondern indem bei gleichbleibenden Durchschnittseinkommen die Zahl der reichen Personen sich ansehnlich vergrößere.

Aus der sächsischen Statistik, die übrigens auf rationellerer Basis, als die preußische ruht und beispielweise auch die verschiedenen Quellen des Einkommens (Grundbesitz, Renten, Löhne, Handel und Gewerbe) unterscheidet, sei hier nur die eine Thatsache registriert, daß sich von 1879 bis 1886 das Durchschnittseinkommen jedes Censiten von 856 Mark auf 945 Mark, resp. pro Kopf der Bevölkerung von 336 Mark auf 375 Mark gehoben, der Wohlstand des Landes also in diesen 8 Jahren trotz der eingetretenen Depression der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, sowie des Sinkens der meisten Großhandels-Warenpreise, einen ganz bedeutenden Fortschritt aufzuweisen hat, was auch andere Ziffern, z. B. Erhebungen über den Fleischconsum, vollauf bestätigen.

Wie sehr schrumpfen aber die preußischen und sächsischen Zahlen zusammen gegenüber den enormen Vermögen, und der enormen Vermögensungleichheit in Großbritannien! Während in Preußen 1886 die Bevölkerung 28 Millionen, ihr Gesamteinkommen 8884 Mill. Mark ausmachte, betrug die Bevölkerung Großbritanniens 36 Mill. und ihr Gesamteinkommen 25 190 Mill. Mark, das Durchschnittseinkommen pro Kopf mithin dort 314 Mark, hier 690 Mark. Die britische Einkommensteuer beginnt überhaupt erst mit Einkommen über 3000 Mark; dieselben belaufen sich zusammen auf ca. 14 000 Mill. Mark, in Preußen dagegen nur auf ca. 2100 Mill. Mark, also etwa ¼ oder im Verhältnis zur Bevölkerung ½! Lediglich aus Handel und Gewerbe zogen in England ein declarirtes Einkommen von 20 000—100 000 Mark 20 534 Censiten mit 753 Millionen Mark, und ein solches von über 100 000 M. 3167 Censiten mit 857 Mill. Mark. Thatsächlich sind jene Einkommen aber noch weit größer, als sie declarirt werden, und die an der Quelle besteuerte Einkünfte aus Grundbesitz, Landwirtschaft, Zinsen und Renten, Eisenbahnen und Bergwerken, zusammen ungefähr ⅓ des Gesamteinkommens bei obigen Zahlen ganz außer Acht gelassen. Gehälter über 3000 M. bezogen 1884 in England 184 122 Personen mit zusammen 595 Mill. Mark, darunter 23 282 Beamte und Angestellte mit Gehältern von 8000 Mark und darüber, zusammen 325 Mill. M. oder durchschnittlich ca. 14 000 Mark. In Preußen wird die Zahl der öffentlichen oder Privatbeamten, die über 8000 Mark Besoldung erhalten, schwerlich den zehnten Theil ausmachen. Die oberen Klassen sind also in England unvergleichlich reicher, als bei uns, die unteren dagegen dort anscheinend fast eben so arm, wie hier, weshalb ja auch die sozialen Gegensätze dort bereits einen weit schrofferen Charakter angenommen haben.

Dr. H.

Deutschland.

Berlin, 18. April. [Boulangerismus und Bonapartismus.] Man hat in Frankreich den Vorschlag gemacht, alle Deutschen, welche der frühere General Boulanger an seine Freunde oder die Regierung gerichtet habe, geordnet zusammenzustellen und zu veröffentlichen, um ihn der Verachtung und der Lächerlichkeit preiszugeben. Man darf jedoch erwarten, daß eine solche Maßregel sich ebenso unwirksam zeigen werde wie der bisherige Nachweis der Doppelzungigkeit und der komischen Maskeraden, welche der neue Präsident aufgeführt hat. Ein altes Wort will zwar wissen, daß die Lächerlichkeit in Frankreich töde. Aber die Geschichte lehrt das Gegenteil. Hätte die Lächerlichkeit gelöscht, so wäre Louis Napoleon niemals auf den Thron gekommen. Vielleicht ist es an der Zeit, der Vorgänge zu gedenken, welche schließlich zu dem dritten Kaiserreich führten. Prinz Louis Napoleon spielte eine geradezu komische Rolle, als er im Jahre 1836 den Putsch von Straßburg versuchte, an die Spitze des vierten Regiments trat und den General Boirol mit der Ansprache überraschte: „General, die Garnison von Straßburg folgt meinem Ruf, der Thron Louis Philipp's ist unhaltbar geworden. Entschließen Sie sich, bestimmen Sie selbst den Rang, unter welchem Sie commandiren wollen; in einer Stunde wird alles gethan sein, und ich marschiere dann nach Paris.“ „Sie gehen nach Paris?“ fragte Boirol langsam. „Ja, nach Paris. An der Spitze der Garnison von Straßburg, welcher die von Nancy, Meß, Verdun folgen werden.“ „Mein Prinz, ich wünsche Ihnen dann eine glückliche Reise.“ Eine halbe Stunde später war der neue Kaiser eingesperrt, und er dankte Gott, daß Louis Philippe die Gnade hatte, ihn, gegen ehrenwörtliche Verpflichtung, zehn Jahre in Amerika zu bleiben, auf die See schickte und schließlich in Newyork absezten ließ, wo Louis Napoleon als echter gewerbsmäßiger Hochstapler sein Leben fristete. Er hatte sein Ehrenwort verpfändet, zehn Jahre in der neuen Welt zu bleiben, um die Komödie von Straßburg vergessen zu machen. Aber im September 1837 langt er schon wieder in Hull unter dem schlichten Namen eines Herrn John Smith an, und bald treibt er in England ein Leben, daß er bald gewerbsmäßiger Spieler, bald Geheimspionist, bald Gründer und Jobber sein muß. Da bietet ihm Mazzini seine Unterstützung an, wenn er Frankreich zu einer Republik machen wolle. Natürlich ist Louis Napoleon sofort bereit; aber den Mazzinisten fallen die Proklamationen in die Hände, die er bereits für den „Kaiser“ hat drucken lassen, und nur noch wohlgezählte fünfzig Mann machen sich auf den Weg, um abermals Frankreich zu erobern. „Es lebe der Kaiser!“ ertönte es aus fünfzig trunkenen Kehlen; die sechs Mann starke Zollwache von Boulogne wird überwältigt; Napoleon selbst in glänzender Generalsuniform, einen zahmen lebenden Adler auf der Schulter, nähert sich der Stadt, fordert die Truppen auf, ihm zu folgen und ein einziger Offizier stellt sich unter die Fahne des neuen Kaisers. Da ertönt Trommelwirbel. Die Truppen nähern sich und — Kaiser und Heer ergreifen das Hasenpanier. Dieses Mal sollte Louis Napoleon nicht so glimpflich davonkommen, als nach dem Straßburger Putsch. Der Staatsgerichtshof verurteilte seine Complicen zu zehn bis fünfzehn Jahren Gefängnis, ihn selbst aber zu ewiger Gefangenschaft in einem Staatsgefängnisse. Sechs Jahre später, da er von Ham entwich, um bald darauf Kaiser der Franzosen zu werden, bewährte sich die Bemerkung, mit welcher

er den Urtheilspruch aufnahm: „Zu ewigem Gefängniß? In Frankreich giebt es nichts, was ewig ist. Dieses Wort sollte aus dem Wörterbuche der Franzosen für immer gestrichen werden.“ Die letztere Bemerkung ist auch für die Gegenwart zutreffend. Die Republik ist heute nahezu achtzehn Jahre alt, und das ist ein hohes Alter für eine französische Staatsform. Boulanger hat es Louis Napoleon abgeguckt, wie er die Massen gewinne, ohne sich gleich dem ersten Bonaparte auf hervorragende Kriegsthemen berufen zu können. Der erste Napoleon war ein Genie, der zweite eine Mittelmäßigkeit. War aber Louis Napoleon schon eine abgeblätzte und schwächliche Copie des ersten, so ist Boulanger kaum ein verzerrtes Schattenbild des Unglücklichen von Sedan. Er hat ihm wohl die Phrasen abgeguckt, welche schon von dem ersten Napoleon mit großem Erfolge in das Volk geworfen waren; er hat offenbar die „Napoleonischen Ideen“ des Gefangenen von Ham eifrig studirt, wie er denn auch hat verbreiten lassen, daß er ein natürlicher Sohn desselben sei. Aber für ernste Bürger kann dieses ganze Gebaren des Jongleurs in der That nur lächerlich erscheinen; denn ein Mann wie Boulanger mit einer grossprahlischen Sprache, wie sie sich kaum der größte Sieger des Jahrhunderts erlauben durfte, verdient eher, als es Gambetta gehan, jene Bezeichnung, welche ihm Thiers gegeben: „Fou furieux“, ein rasender Narr! Aber ein Narr macht viele. Und es wäre verwegen, Boulanger nicht für gefährlich zu halten, weil er lächerlich. Die Lächerlichkeit macht nicht mehr unmöglich, und auch die dritte Republik wird nicht ewig sein, denn dieses Wort ist aus dem Wörterbuche der Franzosen für immer gestrichen worden.

Berlin, 19. April. [Aus Charlottenburg] schreibt die „Nat.-Ztg.“ unter dem gestrigen Tage: „Der Zustand des Kaisers hat sich im Laufe des heutigen Tages wenig verändert. Das Fieber dauerte, wenn auch nicht in sehr starkem Grade, fort und griff den hohen Patienten so an, daß er sich nach Entgegnahme eines Vortrages des Fürsten Bismarck wieder zu Bett begeben mußte. Zuvor zeigte er sich um 12½ und ¾ Uhr am Fenster seines Arbeitszimmers und wurde von der das Schloß umlagernden Menschenmenge freudig begrüßt. Der Kaiser steht angegriffen aus. Seine Majestät trägt den Uniformrock und darunter eine weiße Weste. Letztere ist tief ausgeschnitten, der Uniformrock am Halse nicht zugeknüpft. Um den Hals trägt der Kaiser ein schmales schwarzes Band geschnürt, welches die Canaille verdeckt; über die Mündung der Canaille ist außerdem ein kleiner Gazettstreifen gespannt, um das Eindringen von Staub, fremden Körpern &c. in die Canaille zu verhindern.“

Die bereits teilweise telegraphierte Neuhering des genannten Blattes über die Krankheit des Kaisers lautet: „Die Eiterung aus dem kranken Kehlkopf dauert fort und ist seit dem Aufstreten der bronchitischen Erscheinungen reichlich mit Blut vermischt. Nach Mittheilungen, deren Richtigkeit uns verbürgt wird, ist das örtliche Leiden des Kehlkopfes nicht mehr auf dieses Organ allein beschränkt, sondern hat sich in der Lufttröhre weiter nach unten verbreitet. Nicht nur um die für die Einführung der Canäle bestimmte Öffnung in der Lufttröhre, sondern auch unterhalb dieser Öffnung zeigen sich Wucherungen, welche die Lufttröhre verengt und das Hervordrängen der Canäle veranlaßt haben. Wie weit diese Wucherungen sich in die Lungen hinein erstrecken, ist schwerlich festzustellen, da ein Einblick von der Mundöffnung der Lufttröhre aus jetzt unthunlich ist. Daß aber die Lungen affiziert sind, scheint nach Allem, was bekannt ist, leider nicht mehr in Frage zu stehen. Daß es sich um eine einfache Bronchitis handeln kann, haben wir bereits angedeutet. Das anhaltende Fieber ist unter den obwaltenden Umständen nur aus dem Vorhandensein einer Affection der Lunge zu erklären.“

Zur Vorgeschichte der gegenwärtigen Verschlimmerung wird der „Neue Freie Presse“ aus Berlin vom Dienstag mitgetheilt, daß schon vor zehn Tagen ein Zunehmen des localen Leidens constatirt wurde, und daß schon damals die Zerfallsprodukte der Geschwulst den Ausweg durch die Canäle nahmen. Dies galt für relativ günstig, weil die Speiseröhre verschont blieb; doch nahm die Geschwulst vorige Woche weiter zu und am Donnerstag trat der bekannte Zwischenfall dadurch ein, daß die Secretionen sich ansammelten und die Canäle hinausdrängten. Es bedurfte also keineswegs der unrichtigen Handhabung der Canäle, um das Hineingelangen von Geschwulsttheilen, Eiter und anderen Entzündungserregern in die Bronchien und die Lungen zuzulassen, sondern dasselbe war durch die erwähnte Verschlimmerung gegeben.

Über die erwähnte Erzeugung des bisherigen Nacht-Krankenwärters des Kaisers durch einen anderen Berufsgenossen werden in conservativen Blättern Darstellungen verbreitet, die unverblümt als Grund dieser Maßregel den Umstand bezeichnen, daß jener Wärter in der Nacht zum Donnerstag Dr. Hovell aus dem Schlaf geweckt, oder daß er in dem Verdachte steht, die Angaben für den bekannten Bericht in der „Königl. Ztg.“ geliefert zu haben. Dagegen schreibt nun die „Voss. Ztg.“, die Entlassung des Wärters (Namens Beermann) sei wegen Überschreitens der Befugnisse erfolgt, und diese Überschreitung hat darin bestanden, daß Beermann Fragen an den hohen Patienten stellte, die unmöglich und geeignet waren, denselben in bedenklicher Weise zu beunruhigen. Wie schon mitgetheilt, ist ein anderer deutscher Nachtwärter an seine Stelle getreten.

[Neue Tactlosigkeiten.] Unter dieser Überschrift schreibt die „Magdeburg. Ztg.“: Man weiß von einer Erbitterung der Bevölkerung gegen das Englische zu melden, die sich in den letzten Tagen mehr und mehr geltend gemacht haben soll. Wir haben in dieser Beziehung auch Beobachtungen angestellt, von einer derartigen Erscheinung aber nichts wahrzunehmen gewußt, nichts als Auslässungen einzelner Persönlichkeiten, auf die man früher nicht Gewicht legen zu müssen glaubte, wenn es galt, die öffentliche Meinung festzustellen. Von einer Erbitterung breiter Bevölkerungsmassen gegen „das Englische“ zu reden, ist eine Unwahrheit, eine neue Tactlosigkeit, wie deren die letzteren Tage so viele gezeigt haben. Ganz unerhört ist es aber, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob es in Berlin besonderer polizeilicher Maßregeln bedürfe, um die Königin von England bei ihrem Besuch in Berlin vor Gassenbubenstreichen zu sichern. Darnach könnte ja scheinen, als ob wir in Deutschland vor der Wiederholung des erbauenden Schauspiels ständen, das Paris der civilisierten Welt

geboten, als König Alphons von Spanien nach seinem Besuch in Deutschland auch in Paris erschien, und das insbesondere in der deutschen Presse auf das Schärfste verurtheilt war. Gegen eine derartige Insinuation muß auf das Schärfste Protest eingelegt werden. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Königin von England, wenn sie Berlin besucht, mit all den Ehren empfangen werden wird, auch von Seiten der Bevölkerung, die ihr, als der Beherzherin einer uns befreundeten Nation und der Mutter unserer Kaiserin, gebühren. Das würde sogar geschehen, wenn die englische Regierung eine andere Haltung zu uns einnähme, als das tatsächlich der Fall ist. Die deutsche Nation wird es niemals gutheißen, daß von Junkern und Pfaffen, die sich in ihrem Einflusse bedroht fühlen, aufgeheizte Gassenbuben das Forum bilden, wo über unsere Beziehungen zu auswärtigen Mächten und Höfen abgeurtheilt wird. Charakteristisch ist es, daß Klagen über weibliche Einflüsse auf unsere Politik und dreiste Angriffe auf die höchsten Persönlichkeiten jetzt gerade von einer Seite kommen, die sich sonst der Pflege deutscher Sitten und Tugenden stets so laut zu rühmen pflegte und die monarchische Gesinnung in Erbacht zu haben meinte.

B. P. N. [Das Unfallversicherungsgesetz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.] Die gesammte deutsche Landwirtschaft wird, wenn das Unfallversicherungsgesetz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter durchgeführt sein wird, im Ganzen in 48 Berufsgenossenschaften zerfallen. Auf Preußen entfallen davon 12, welche sich an die Provinzen anschließen. Für das Königreich Bayern werden acht Genossenschaften gegründet im Anschluß an die dort bestehenden acht großen Verwaltungsbereiche. Württemberg erhält vier landwirtschaftliche Genossenschaften für den Neckar-, Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis. Alle anderen Einzelstaaten: Sachsen, Baden, Hessen, die beiden Mecklenburgs, Oldenburg, Braunschweig, die thüringischen Staaten, beide Lippe und die Hansestädte bilden nur je eine Genossenschaft. Neben die drei Genossenschaften, welche Elas-Lothringen im Anschluß an die drei Verwaltungsbereiche: Ober- und Unter-Elas und Lothringen soll, ist seitens des Bundesraths noch nicht Beschluss gefaßt worden. Im Großherzogtum Oldenburg werden die beiden im preußischen Gebiete liegenden Einzelschlüsse, die Fürstenbücher Birkenfeld und Lübeck, nicht mit der oldenburgischen Berufsgenossenschaft vereinigt, sondern wahrscheinlich an die preußischen Provinzial-Genossenschaften, in deren Bereich sie liegen, angeschlossen werden. Oldenburg hat übrigens, da für dasselbe wie für den Reichsgesetz festgesetzte Frist die Regelung der land- und forstwirtschaftlichen Versicherung nicht zum Abschluß gebracht werden kann, beim Bundesrath beantragt, die zur Erlassung landesbezüglicher Bestimmungen, sowie zur Durchführung der Organisation in Betreff der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung bestimmten Fristen um je ein Jahr zu verlängern.

* Berlin, 18. April. [Berliner Neuigkeiten.] Seit einigen Tagen wird der Apotheker Hunger in Berlin vermählt. Die Vermuthungen, welche sich an das Verständnis knüpfen würden, wie die „Pharm-Btg.“ meint, eine tragische Illustration zur Glückseligkeit eines Berliner Concessionärs darstellen. Die Hauptgefahr für denselben liegt in der Möglichkeit, Häuserverkäufer in die Hände zu fallen, da der Platz für die Errichtung einer neuen Apotheke ein meist so eng umgrenzter ist, daß ihm nur die Auswahl zwischen einer geringen Zahl von Häusern bleibt. Durch die Zeitungen erfahren die beteiligten Geschäftleute genau den Standpunkt der neuen Apotheke, und so ist der Ring, innerhalb dessen der neue Haushälter sich zu bewegen hat, sehr bald geschlossen. In näher stehenden Kreisen neigt man zu der Annahme, daß der verschwundene Apotheker H. an dieser Klippe gescheitert ist und alsdann den Kopf verloren hat. Vielleicht würde es, wie das citirte Fachblatt meint, sich empfehlen, den Berliner Concessionären in allen Fällen eine mehrjährige Frist zum Ankauf eines eigenen Hauses zu bewilligen, und wo die Gefahr der Ausbeutung durch Häuserverkäufer nachweislich vorliegt, sowie in Stadttheilen, wo der Wert der Grundstücke besonders hoch ist, sie überhaupt von dem Ankauf eines eigenen Hauses zu entbinden. Abgesehen von allem Andern ist die Verwaltung eines Berliner Hausgrundstücks auch so zeitraubend, daß sie den Mann von seinen eigentlichen Berufsgeschäften vielfach und unangenehm ablenkt.

Einen brutalen Nachdruck vollführte in der gestrigen Nacht gegen 2 Uhr ein siebzehnjähriger Bäckerlehrling an seinem Werkführer. Der Lehrling Franz R. erhielt wegen verschiedener Fehler, welche er sich zu Schulden hatte kommen lassen, von dem in der M.chen Bäckerei, Alte Schönauerstraße 36/37, als Meister fungierende Bäcker Emil D. einen strengen Verweis. Als nun eine Stunde später D. die Backöfen revidierte, schlich sich R., mit einem schweren Hammer bewaffnet, hinter seinen Meister und versetzte mit demselben dem ahnungslosen D. von hinten einen derartigen Schlag auf den Kopf, daß derselbe sofort blutüberströmmt und bewußtlos zusammenbrach. Erst längere Zeit bedurfte es, ehe D. sich erholen konnte; er begab sich nun nach der in der Lintenstraße befindlichen Sanitätswache, wo eine klappende Kopfwunde konstatirt und dem Verletzten der erste Röthverband angelegt wurde. Der jugendliche Todtschläger ergriß, da während der Thal sich niemand außer ihm und seinem Opfer in der Backstube befand, die Flucht und wird, da sofort Anzeige erstattet ist, von der Polizei gesucht.

Frankreich.

L. Paris, 17. April. [Die Rede Ferry's.] In Folgendem

geben wir den wesentlichen Inhalt der Rede wieder, in der sich Jules Ferry vorgestern in Epinal an Frankreich wandte und welche unter den heutigen Umständen eine hohe Bedeutung gewinnt.

Der ehemalige Conseilspresident constatirte, daß seit den Wahlen von 1885 die Verfaßung und in der Verfaßung der Senat für alles Schiefe verantwortlich gemacht werden, und gelangte geradenwegs zu dem Plaistat des 2. December, das sich gegenwärtig unter heuchlerischen Formeln und drohenden Zweideutigkeiten breit macht. Diesmal aber, fuhr er unter dem lebhaften Beifall der Versammlung fort, werde man nicht unterliegen. Die bestehenden Einrichtungen werden Frankreich vor der Gefahr einer Dictatur retten, um so mehr, als der Berrath nicht, wie vor vierzig Jahren, im Elséy lauert. Der Senat wird sich seinerseits nicht verschlingen lassen, und was die Kammern betrifft, so ist es für sie noch nicht zu spät, die Bahn einzuschlagen, die sie schon vor zwei Jahren hätte betreten sollen: die hochstehenden Programme links liegen zu lassen und sich der Erledigung der Geschäfte zu widmen, von denen sich das Land Wohlfahrt und Ruhe verspricht. Über das Cabinet Floquet und die Absichten der geächtigten Republikaner, welche von den Radikalen geflüsst sind, äußerte sich Ferry so:

„Wir hegen gegen das Ministerium keinen finsternen Plan. Es kommt uns nicht passen, daß es sich schon vom ersten Augenblick an in die Revolutionspolitik stürzt, gerade als die Revision das Lösungswort der fecken Partei wurde, welche die Republik und die Freiheit bedroht. (Gustimmung.) Man versichert uns aber, es sei nur eine Formel, eine Erinnerung, eine Höflichkeit gegen ein früheres Programm gewesen, und wir wollen also das Cabinet nicht darnach beurtheilen. Nur Eins verlangen wir von ihm: daß es angehts des Boulangismus die rührige und freitbare Haltung einnehme, welche einer republikanischen Regierung zielt. Es gibt jetzt Anderes zu thun, als oberflächlichen und vorübergehenden Bewegungen zu jagen; es gilt, Farbe zu bekennen und zu kämpfen durch andere Maßregeln, als durch Personenwechsel. Möge die Regierung uns vorantrieben gegen den gemeinschaftlichen Feind, angehts der cäsarischen und plebisitärer Bewegung die wahre Concentration zu bewerstelligen, die, welche die republikanische Partei in all ihren Schattirungen umfaßt. Sie ruft uns zum Streit und wir werden folgen! (Beifall.) Ja, meine Herren, wenn die Regierung die Pflicht hat, zu handeln, so haben die Republikaner die Pflicht, einig zu sein, Bündniß und Gross tuhen zu lassen — und wahrlich, wenn es sich um Vergessen handelt, so haben auch wir unsere Gabe auf den Osteraltar niedergezogen!“

Der Redner knüpfte sodann an den Ausspruch Thiers' an, die innere Politik eines großen Landes sei niemals ganz unheilbar und müsse zwar ernst, aber nicht tragisch aufgefaßt werden. Das Bedenkliche an der gegenwärtigen Krise sei aber, daß sie die Stellung Frankreichs in Europa, die Größe und Sicherheit des Landes gefährdet.

„Die Rückkehr zum Cäsarismus, die Restauration unter irgendwelcher Form der Militär-Diktatur würde, kein Verständiger kann daran zweifeln, den Krieg bedeuten, einen baldigen Krieg ohne Bundesgenossen und indem wir die Weltmeinung gegen uns hätten. Ungeachtet der großen Aenderungen, die sich seit zwanzig Jahren vollzogen haben, gibt es in Europa eine öffentliche Meinung, welche die starken Regierungen zu berücksichtigen haben. Der deutsche Reichskanzler weiß dies wohl, und er hat sie gehofft, die europäische Meinung, und ihretwegen mißt er sein ganzes Verhalten so geziert ab. Vorwiegend wiederholt er in seinen Reden, welche wahre Meisterstücke diplomatischer Inszenirung sind, Deutschland werde niemals angreifen. Zum gilt die Zustimmung der öffentlichen Meinung Europas als ein wesentlicher Factor. Diese öffentliche Meinung, welche gleichzeitig oder fröh den Ereignissen von 1870 zugejehen hatte, wandte sich uns nach dem Unglück allmählig wieder zu. Man war von unten friedlichen Absichten überzeugt, man glaubte, wir würden vom Cäsarismus geheilt; allein wenn wir nun plötzlich ohne ersichtlichen Grund in wenigen Wochen das Capital an gutem Ruf und politischer Weisheit verschleuderten, zu dessen Anhäufung wir Jahre brauchten; wenn man von Frankreich sagen könnte, seine Regierung sei in der Hand eines Preß-Syndicats, daß den Geist der Bevölkerung durch solche Nachrichten, Bilder und Chansons vergiftet; wenn Frankreich auf den Altar des Zufalls und der Reklame seine politische Freiheit, seine freiheitliche Würde, seine parlamentarische Regierung opferte . . . dann gäbe es in Europa für das so tief gesunkene Volk nicht genug Mitleid und Geringfügung. Die Parodie des Kaiserreichs ist heute vollkommen. Hat man uns doch wissen lassen, Boulang bringe den Frieden. Nirgends in der Welt glaubt man dies, ausgenommen in dem Speiseal des Herrn Rochefort. (Zustimmende Heiterkeit.) Vaterlandsfreunde, die Ihr mich hört, fahrt männliche Entschließung! Was mich betrifft, so werde ich meine Pflicht bis ans Ende erfüllen. Weil ich einer der Ersten war, die auf die Gefahr aufmerksam machten, verfolgte mich unerbittlicher Hass. Mein Name wird demjenigen entgegen gesetzt, welcher der Kriegsruf aller Aufstände und der schlimmsten Parteien ist. Die Unsinigen, die mich zu schmähen glauben, wissen nicht, welche Ehre sie mir erweisen. Wie die Ehre, so nehme ich auch die neue Gefahr an.“ (Beifall.)

Belgien.

a. Brüssel, 17. April. [Das internationale Bureau. — Russische Studien.] Der internationale Genter Gartenbau-Congress. Der Antrag des belgischen Ministeriums, ein internationales Bureau zur Sammlung und Veröffentlichung der Zolltarife zu errichten, findet immer lebhafte Zustimmung. Man erhofft jetzt auch den Beitritt Frankreichs. In der That, wenn man bedenkt, daß es jetzt 80 Zolltarife in 20 Sprachen gibt, daß hierzu noch die

Schwierigkeiten mit den verschiedenen Münzen, Mäzen und Gewichten kommen, so ist eine Abhilfe für alle beihilfeten Kreise ein fühlbares Bedürfnis. Es liegt auf der Hand, daß diese Abhilfe nur auf internationalem Wege möglich ist. Nur 5 Staaten haben endgültig ihre Theilnahme abgelehnt: China und Persien, da ihre Tarife unveränderlich sind, der Oranien-Freistaat, da er keine Zollverwaltung besitzt, und die Republiken Ecuador und Liberia. Die Staaten Columbia, Bolivia und Guatemala haben die Einladung der belgischen Regierung überhaupt nicht beantwortet. Doch haben sich schon 72 Regierungen dem Proiecte fest angeschlossen. — Das ministerielle Brüsseler Journal erklärt, daß die russische Regierung den russischen Artillerie-General Engelhardt nach Seraing entsandt hat, um die Cockerill'schen Werke „zu studiren“. Derselbe habe keine Feldkanonen bei Cockerill bestellt; auch habe er in Frankreich keine Lieferung auf Bangsche Kanonen gegeben. — In der Stadt Gent tagt jetzt bis zum 22. d. M. der internationale Gartenbau-Congress. Zu demselben sind 1600 Theilnehmer erschienen, darunter die hervorragendsten gärtnerischen Autoritäten aus Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, England, Russland, Italien und der Schweiz. Der Congress erörtert 3 Anträge des Organisations-Comités: 1) die Berner Reblaus-Convention, ihre Ergebnisse und die dem Gartenbau dadurch geschaffene Lage; 2) Notwendigkeit des Freihandels für alle gärtnerischen Geschäfte; 3) Bildung eines internationalen Verbandes der Syndicate und Syndicatsammlern der Gärtnerei. Bei der Bedeutung der in Gent versammelten Autoritäten darf man auf einen für den Gartenbau aller Länder günstigen Einfluß des Congresses hoffen.

Nürnberg.

[Die Bauernunruhen in Rumänien] fördern recht interessante Einzelheiten zu Tage. Die Unruhen, die in Târșeni, District Oltenia, entstanden, wurden sofort nach Entfernung eines gewissen Rabukan Aleo, eines Bukarester Agitators, gedämpft; letzterer vertheidigte sich bei seiner Flucht mit einem Revolver, wurde jedoch kurz darauf in Bukarest von der Polizei aufgegriffen. Die Untersuchung gegen denselben soll beschleunigt werden, um ein Beispiel gegen die Bauern-Agitatoren zu statuiren. Minister Rosetti hat den ehemaligen Präfekten von Jalomica in den Anklagezustand versetzen lassen, da derselbe die Bauern indirect zur Revolte reizte, indem er ihnen sagte: „Nehmt von den Gutsbesitzern Grund und Boden und thut, als ob es Euch gehörte!“ Die Unruhen in Ursitscheni sollen wieder von Neuem zum Ausbruch gekommen sein. Die Bauern prügeln einen Archimandriten, der Gutsbesitzer im selben Districte ist, zu Tode. Die Bauern in Maxinen zerstören das Haus des Gutsbesitzers und die Speicher und prügeln den Primarius zu Tode.

Provinzial-Beitung.

Stadtverordneten-Versammlung.

H. Breslau, 19. April.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde in Vertretung des durch eine Reise verhinderten Vorsitzenden, Stadtverordneten Rechtsanwalt Kirschner, geleitet. Derselbe eröffnete gegen 4½ Uhr die Sitzung, indem er zunächst in warmen Worten den vorstehenden Mitgliedern des Stadt-Kalinde, gebadete. Seitens des Vorsitzers sind zur Beerdigung derselben die Stadt-Brehmer, Fenzler, Hähnel, Hauske, Kleee und Lange deputirt worden. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen, indem sich die Mitglieder von ihren Plätzen erheben. In die Tagesordnung eintretend, beschäftigte sich die Versammlung zunächst mit einem vorgebrachten

Terrainaus tausch in Scheitnig. Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich mit dem Austausch einer städtischen Parzelle der ehemaligen Altscheitniger Gutsäcker gegen eine dem Generalagenten D. Melhose gehörige Parzelle einverstanden erklären. Der Ausschuß IV, dem die Vorlage in der Sitzung vom 23. Februar c. zur Beratung überwiesen wurde, empfiehlt die Ablehnung des Magistratsantrages, da, wie der Referent, Stadt-Soeidel II ausführt, die Möglichkeit vorliege, daß das in Nähe stehende städtische Terrain in nicht zu ferner Zeit aufgekauft und reguliert werden kann. Die Versammlung tritt dem Antrage des Ausschusses bei.

Hierauf wird noch eine längere Reihe von Gesetzen festgestellt, die mit dem Stadthaushalte nicht in Verbindung stehen, sondern selbständige Verwaltungen betreffen. Dabei gelangen auch die von uns in Nr. 268 d. Btg. mitgetheilten Anträge bezüglich der Anschaffung einer zweiten Dampfspritze, Pflasterung des „kleinen Sonnenplatzes“, Errichtung eines

Friaulisches Elend.

Das ist ein unheimliches Gespenst, das unsichtbar durch's Land zieht und die Opfer niederträgt, wie der Schnitter die reifen Ähren. Es flößt an die Hütte des armen Colonen, und die Sorge schlüpft hinein. Sein Herz wird schwer, sein Auge hohl und seine Glieder kraftlos, denn das Gespenst ist der Hunger

Über das Feld kommen die Wandervögel hergezogen vom Meer und weit her, aus jener Gegend, wo ewiger Sommer ist. An der Düne spielen die Wellen heraus und durch den Pinienhain geht das Flüstern des Sirocco's. Ja, das Meer, das Meer! Weit, weit drüben, viele Tagereisen über der blauen Fluth ist ein gesegnetes Land. Liegt das blonde Gold zu Tage? Braucht man nur die Hände darnach auszustrecken, um ein reicher Mann zu sein? — Ach nein! Aber Arbeit giebt es dort, Arbeit und Verdienst — und sie wollen ja nichts Anderes, die armen halbverhungerten Menschen, die in der kalten Sonne vor den Thüren der Hütten hocken und gedankenlos vor sich auf den Boden niederstarren.

Südlich des Eisenbahndamms von Görz bis zur Lagune hinab erstreckt sich die österreichische friaulische Campagna. Sie ist flach wie ein Bogen Pavier, aber doch hat sie ihren Reiz. Das sind endlos lange Feldstrassen, endlos lange Gurländen von Rebentranken, endlos lange, schnurgerade Straßenzüge. In den besserer Ortschaften liegen immer einige nette, steinerne Häuser an der Straße: daneben aber eine Unzahl armeloser Hütten, meist aus Weidenruthen geflochten, mit einem Anwurfe von Strahnen, einer schmalen, niedrigen Thüre und einem schuhhohen Fenster ohne Scheiben. Im Sommer sengt die Hitze hinein, im Winter bläst der Wind durch oder man nagelt ein Bett davor. Ganze Dorfschaften befinden oft nur aus derartigen Hütten der Allerärmsten. Gegen die italienischen Grenze zu und weiter hinab in die Lagune, in die Sümpfe hinein, wo die Reisfelder liegen, nistet mancherorts ganz erschreckendes Elend. Man hat so wenig Mais geerntet im vergangenen Herbst und es will nicht mehr aubrechen zur Polenta für alle die hungrigen Magen! Dabei giebt es keine Arbeit. Der Possidente scheut die Kosten, denn auch sein Stand ist ein gleich schwerer und nitigender als es zu verdienen. Kam es doch vor einigen Jahren vor, daß bei der Anlage eines Weingartens nach vollendetem Arbeit die Gendarmerie requirierte werden mußte, um die Leute zu zerstreuen. Sie wollten weiter arbeiten; sie singen rechts und links in den Feldern zu graben und zu hacken an.

Daneben schlich sich vor Jahren eine verheerende Krankheit ins Land und hat sich dort festgesetzt. Es ist die Pellagra. Man kennt ihren Keim nicht, aber man weiß, daß sie mit dem Hunger kommt. Ihrem Wesen nach ist sie noch unerforstlich, die „mailändische Rose“. Den Winter hindurch wächst und wächst sie, immer im Verhältnisse zur Abnahme und zur Verschlechterung der Nahrung, bis im Mai und Juni Hunderte von Kranken gezählt werden, während es beim Beginne des Winters deren nur 60 bis 70 gab. Der Arzt kennt die von der Seuche Befallenen auf den ersten Blick. Es sind gewisse Spuren an der Haut der Hände und des Gesichtes, die ihm den unfehlbaren Verdorenn verrathen. Denn wenn der Kranke nicht schleunigst aus dem Land entfernt werden kann, kennt die Pellagra kein anderes Ende als den allmächtigen Tod. Vorher aber umnachtet sie das zerstörte Gehirn mit Wahnsinn, als wollte sie den Menschen wenigstens noch am Schlusse seiner Tage das Bewußtsein aus den Zähnen nehmen, den er sein Leben lang geschleppt. Denn nur aus den Reihen der Armen, der Verhungerten reicht die Pellagra ein geringer Rest der ehemaligen Frische dieses Stammes.

In seltsamer Weise gemahnt der Hauptort der Basse, Aquileja,

an die große Vergangenheit des Landes. Welcher Reichthum, welcher Wohlstand war einst sein Eigen! Beschreibt doch schon Herodot im dritten Jahrhundert die rauhe Provinz, welche ihre Früchte, ihr Gemüse, ihren feurigen Wein bis in die Kaiserstadt Rom sandte, so wie mancher Kaiserlichen Tafel zum Schmuck dienten. In der klassischen Zeit war jeder Bewohner von Aquileja durch seine Geburt Bürger von Rom. Heutigen Tages kämpfen ihre Nachkommen mit dem Hunger. Hin und wieder kommt es vor, daß ein Colone bei der Arbeit zwischen den Ackerfurchen irgendwo auf einen geringen Rest der Vergangenheit stößt, eine Fibula, einen Ring, eine Thonscherbe. Es ist wie ein Stück Vermächtnis aus vergangener, alter-

Schlechter als hier kann es ihm aber nirgends ergehen und drüben in Chile, Argentina oder Brasilië findet er Landsleute. Es zogen schon so Vieles hinüber! . . . Es sind vor Allem die sogenannten Basse, das Gebiet des friaulischen Flachlandes von Görz bis in die österreichische Lagune hinunter, das von Hunger und Noth arg heim-

Bauernbrunnens an der Viebichshöhe und einer Brücke im Göppertshaine zu. zur Annahme. Ferner vollzieht die Versammlung noch eine Reihe von Wahlen zu städtischen Ehrenämtern. Es werden gewählt zu Bezirksvorstehern resp. Stellvertretern: der Particulier Schulze für den 1., der Brauemeister Hütter für den 7. Stadtbezirk, der Drechslermeister Burkhardt und der Schmiedemeister Wiesner für den Stadtbezirk Nr. 28 A, der Buchbindemeister Händel und der Kaufmann Neumann für den Stadtbezirk Nr. 28 B, der Modellschreiner Krüger und der Fleischmeister Kegl für den Stadtbezirk Nr. 48 A, der Feilenbauer Schuler und der Tischlermeister Lenort jun. für den Stadtbezirk Nr. 48 B, der Tischlermeister Großkopf und der Bäckermeister Rademacher für den Stadtbezirk Nr. 49 A, der Maler Deder und der Steinmeister Simonowski für den Stadtbezirk Nr. 49 B, der Restaurateur Bernhard und der Haushalter Frost für den Stadtbezirk Nr. 68 A, der Brennereibesitzer Günther und der Kaufmann Gießmann für den Stadtbezirk Nr. 68 B, der Kaufmann Schneider und der Particulier Schütze für den Stadtbezirk Nr. 109 A, der Delikatleur Marx und der Bäckermeister Ritsche für den Stadtbezirk Nr. 109 B; Sattlermeister Pracht und Schlossermeister Stober zu Mitgliedern der Gewerbedeputation, die Herren Galatsky und Rosenbaum zu Vorstehern des Hospitals zu St. Bernhard, die Herren Particulier Täzel und Particulier Berger zu Vorstehern des Kinder-Erziehungs-Instituts der Ehrenforste, die Kaufleute Kiehl und Kutta zu Vorstehern für das Hospital zu St. Trinitas, der Kaufmann Fleißer zum Mitgliede des Curatoriums der städtischen Sparkasse, der Kaufmann Führbach zum Schiedsmann für den Schweidnitzer Anger-Bezirk, VII. Abh., der Stadt- und Eisenbahn-Director a. D. Blaau zum Curator für das Elisabet-Gymnasium, Geh. Medicinalrat Dr. Förster und Stadt- und Stadtk. Stadtkräfte a. D. Friedländer zu Mitgliedern des Curatoriums des Magdalenen-Gymnasiums, Maurermeister Härtel zum Mitgliede des Curatoriums des Johannes-Gymnasiums, Apotheker Rahmer und Commerzienrat Immerwahr zu Mitgliedern des Curatoriums des Realgymnasiums am Zwinger, der Brauereibesitzer Rauchfuß und der Fabrikbesitzer Maager zum Vorsteher der evangelischen Elementarschule Nr. 58.

Es werden weiter noch zu Mitgliedern der Damm-Deputation für die Döblauer Vorstadt gewählt: Rendant Mühlbreth, Pianoforte-Fabrikant Bieweg, Particulier Hübner, Particulier Kühner, Brennereibesitzer Schirwahn, Civilingenieur Rogge, Kaufmann O. Skutsch, Gärtnereibesitzer Nicolaus, Zimmermeister Hallmann, Brennereibesitzer S. Samoje, Kaufmann Specht, Pflanzgärtner Springer, Königl. Bauath a. D. Rauter und Maurermeister Härtel.

Nachdem sodann noch in Gemäßigkeit der Bestimmungen des Gesetzes 80 Mitglieder und 24 Eragnomänner der Klassensteuer-Reklamations-Kommission für den Stadtteil Breslau pro 1888/89 gewählt worden sind, tritt die Versammlung in die

Berathung der Anleihe-Vorlage ein. Die Anträge des Magistrats sowie diejenigen des Ausschusses I haben wir bereits in ihrem vollen Wortlaut mitgetheilt, so daß es sich erübrigkt, dieselben hier nochmals zu wiederholen.

Referent Stadt. Milch glaubt nicht nötig zu haben, auf die Wichtigkeit der Berathung der Vorlage hinzuweisen. Der mit der Vorberathung beauftragte Ausschuss habe sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht seine Aufgabe sein könne, jede einzelne Position darauf hin zu prüfen, daß damit auch sofort die Genehmigung der Position erfolge, sondern er sei von der Ansicht ausgegangen, daß er nur zu prüfen habe, ob den communalen Interessen die Ausführung einer derartigen Vorlage entspreche und eventuell Mittel bereit zu stellen, wenn demnächst zur Ausführung der Projekte geschritten werden sollte. Die Anleihe selbst zerfällt in 4 Gruppen. Die erste derselben enthalte keine neue Belastung der Stadtgemeinde, da sie sich darauf beschränkt, früher eingegangene Schulden zu tilgen und zwar durch eine stärkere Amortisation der Anleihe aus dem Invalidenfonds. Ferner sei ein Pauschalzettel zur Deckung der Kosten der Anleihe und der sogenannten unkündbaren Kämmerei-Obligationen eingestellt. Durch das Gesetz vom 2. Mai 1850 sei gestattet, auch unkündbar aufgenommene Schulden nach Ablauf von 30 Jahren zu kündigen. Der Betrag dieser Obligationen habe bisher immer einen dunklen Punkt im Etat gebildet und der Ausschuss sei jetzt mit dem Magistrat der Meinung gewesen, daß die Zeit gekommen sei, diesen Betrag zu tilgen. Die zweite Gruppe der Verwendungszwecke umfaßt die Deckung früher eingegangener Verpflichtungen, und zwar in Betreff der Patronatsablösung. Der Ausschuss beantrage hier abweichend vom Magistratsantrage, nicht zwei Millionen, sondern nur 1 850 000 M., da 150 000 M. für die Übernahme der Grundstücke bereits früher aus der Anleihe von 1880 Deckung gefunden hätten, also bei Bewilligung der vollen Summe doppelt gebucht werden würden. Die dritte Gruppe besteht die Fortführung bzw. Erweiterung bereits bestehender Unternehmungen, für Erweiterung der Wasserwerke seien 1 250 000 M., für Fortführung der Canalisations 1 620 000 M. eingestellt. Die erste ergebe sich aus der Steigerung des Consums und sei nebenbei eine productive. Bei der letzteren habe der Ausschuss zwar die Bewilligung der ganzen Summe empfohlen, aber speziell die Absetzung von 100 000 M. für Rieselfelder beantragt, weil im Ausschuss mitgetheilt worden sei, daß dieselbe zur Atpirung der Rieselfelder nicht erforderlich sei. Dagegen wurde beschlossen, diese 100 000 Mark für die im Stadthaushaltsetat eingeplante gleich hohe Summe für Kanalbauten zu verwenden, da zu den Kosten einer Einrichtung, die auch späteren Zeiten dienen solle, auch die späteren Geschlechter beitragen sollten. Der vierte Zweck der Anleihe umfaßt endlich eine Anzahl neuer Unternehmungen zunächst für Schulhausbauten. Dem dringenden Bedürfnis an Klassen gegenüber empfiehlt der Ausschuss die Einstellung der vom Magistrat beantragten Summe, derselbe lehne

gesucht wird. Man kann die Gründe schwer in wenig Worte zusammenfassen, weshalb der Wohlstand dieses einst so blühenden Landes einen solchen Niedergang erfuhr. Theilweise mag er in dem oft unheilvollen Colonienysteme liegen, zum anderen Theil darin, daß die Steuerlast, welche auf dem Grundbesitz ruht, dem sehr bescheidenen Erträgnisse nicht anpassend ist. Nun aber haben Clementarereignisse in den letzten Jahren den Ertrag progressiv reducirt, und die unerhörte Dürre des vergangenen Sommers hat die Landwirtschaft völlig passiv gemacht. Krankheiten der Weintrebe sind hinzugekommen und so überfiel der Winter ein armes, ungeschütztes, widerstandsloses Land.

An einem wunderschönen milden Januar-Nachmittage ging ich die Dune bei Belvedere entlang, und der brave Nando, der mich nach Grado hinüber rufen sollte, das von hier aus mit seiner Kirche direkt aus den Fluten emporzuwachsen schien, leistete mir Gesellschaft. Die Bluth war eben zurückgetreten. Er erzählte mir, wie es im Sommer bei dieser Gelegenheit am Lande von schwefeligen Krabben wimmelte, wie die Weiber, hoch geschrägt, im nassen Sande felandend dieselben einzufangen, und wie sie dann zermalmten und als Fischköder benutzt werden. Zwischen den kleinen Inseln, den schwimmenden Tässen mit ihrem saftgrünen, kurzen Grase, fuhren wir sodann in die Lagune hinaus. Dabei berichtete mir der jungenfertige Nando hunderterlei Dinge; von den großen Schäzen, die aus Römerszeiten noch im pozzo d'oro verschüttet liegen; von der Bistite, die sich die Madonna von Barbana und diejenige von Grado alljährlich abstatzen. Zu der Gelegenheit werden sie festlich angezogen und jede wird in ein Boot gesetzt. In feierlicher Prozession begegnen sie sich auf dem Meere, und Nando verschwun Stein und Bein, daß sie bei der Begegnung wahrhaftig einen Knix gegen einander machen.

Ich war verloren in den herrlichen Anblick der Landschaft. Wie Gold blitzte das Wasser der Lagune weit hinaus zum Horizont. Von der Dune ragten die breiten Wipfel der Pinien in der pinetta von Belvedere zum auroßen Himmel auf. Und in der Ferne, unsäglich schön und düstig, wie ein riesiges blitzendes Diadem, zogen die schimmernden Alpengräte um das ganze Bild ihren Kreis in träumerisch verhauchte Weiten.

Görz.

Otto von Pettgeb.

Die Wetterpflanze.

Auf keinem andern Gebiete — vielleicht dasjenige der Heilkunde aufgenommen — werden den Fachleuten zum Verdruss, von Laien

aber ab, sich irgend wie damit zu befassen, ob die Summe nur für Elementarschulen oder auch für Mädchen-Mittelschulen oder für höhere Schulen verwendet werden solle. Die beantragte Bewilligung von 800 000 M. für ein Armenhaus entspricht nur einem früher von der Versammlung gefassten Beschlüsse. Ferner beantragte der Ausschuss, anstatt der vom Magistrat geforderten 916 000 M. zu Wasserbauten einschließlich bestimmter Brückenbauten einzustellen 1 000 000 M. im Allgemeinen für Wasserbauten, da der Ausschuss nicht in der Lage war, speziell das Bedürfnis der Bauten zu prüfen.

Bei der Position der Pflasterungen legt Redner dar, daß gegenwärtig ein viel besseres Verfahren angewendet würde als früher, und daß man je die Dauer des Pflasters auf 40 Jahre annehmen könnte. Dies werde durch das bessere Steinmaterial und durch die Schotterunterbettungen erreicht. Die Vorteile ständen natürlich Mehrkosten gegenüber.

Bei der nächsten Position der Anlage der elektrischen Beleuchtung könne man jetzt nur das Prinzip bewilligen; die Art der Ausführung müsse man der Berathung der demnächst einzubringenden Vorlage überlassen.

Redner geht nunmehr zu der wichtigsten Position, der Anlage von Markthallen, über. Alle bisherigen Beschlüsse seien im Ausschuss nahezu mit Stimmeneinheit gefasst worden, der vorliegende aber mit 8 gegen 7 Stimmen, und wegen dieser geringen Mehrheit wolle Redner sowohl die Gründe der Majorität, als auch die der Minorität erörtern. Die Majorität habe hauptsächlich hervorgehoben: Die sanitären Rücksichten auf Käufer und Verkäufer, sowie die bessere Erhaltung der Waaren und der ihnen gewährte Schutz gegen Regen, Kohlendampf, Sonne u. s. w. sprachen für die Markthallen. Die Freunde der Vorlage erwarteten auch eine Bewilligung der Lebensmittel, sowie eine ausreichendere und bessere Verproviantirung der Stadt. Das Publikum sei für seine Einkäufe nicht an eine bestimmte Zeit gebunden.

Die hauptsächlichen Einwendungen der Gegner der Vorlage beständen in Folgendem: Berlin sei für uns nicht maßgebend; Berlins Verproviantirung befreiten nicht die Produzenten der Umgebung, wie in Breslau, sondern die Großhändler. Die Stadttheile, in denen jetzt die Wochenmärkte abgehalten werden, würden durch die Errichtung von Markthallen schwer geschädigt werden. Hamburg und andere Städte hätten viel ungünstigere Erfahrungen mit den Markthallen gemacht als Berlin. Außerdem sei eine Voraussetzung für die Errichtung der Markthallen die Frage, wo dieselben zu errichten seien.

Demnächst motiviert Redner die weiteren Beschlüsse des Staatsausschusses. Magistrat solle höheren Orts beantragen, daß die Amortisation der Anleihe auf 5 weitere Jahre hinausgeschoben werde. Dies sei nothwendig, weil die 20 Millionen doch nicht sofort, sondern im Laufe der Jahre nach und nach aufgenommen werden würden. Der beantragte Satz (3½ p. ct. Verzinsung und 1 p. ct. Amortisation) sei den gegenwärtigen Verhältnissen vollkommen angemessen. Durch Bewilligung der Anleihe werde Magistrat ermächtigt, unter Zustimmung der Finanzdeputation nach und nach nach Maßgabe der Bedürfnisse die erforderliche Anzahl Papiere auszugeben. Bei diesem Verfahren sehe man sich zwar dem Risiko aus, zu gewissen Zeitpunkten eine ungünstigere Stellung zu haben, aber andererseits habe man doch nicht von Anfang an die gesamte Anleihe zu verzinsen.

Ein Theil der Anleihe werde auch gedeckt durch die naturgemäß sich ergebende Steigerung einzelner Einnahmen, ein weiterer Theil durch die vom Magistrat in Aussicht genommene und im Hinblick auf die großen Ausgaben gerechtfertigte Canalisationsabgabe. Der Ausschuss habe aber beschlossen, mit der Genehmigung der Anleihe nicht zugleich die Notwendigkeit dieser Steuer anzuerkennen, sondern sich die Entscheidung darüber noch vorzubehalten. Der Ausschuss habe ferner beantragt, Magistrat zu ersuchen, die 2 000 000 M. 4 proc. Breslauer Stadtlöschungen von 1880 in eine 3½ proc. Anleihe zu convertiren, und bei dem Curatorium der Sparkasse beugt der Anleihe für das Irrenhaus eine Ermäßigung der Zinsen auf 3½ proc. herbeizuführen. Referent empfiehlt die Annahme der Ausschuzanträge.

Stadt. Kaiser wendet sich vor allem gegen die Bewilligung von 4 000 000 M. für Errichtung von Markthallen, wo er sich infolge seiner langjährigen Erfahrungen für berechtigt halte. Redner hält den Zeitpunkt für Errichtung von Markthallen noch lange nicht für gekommen. Die Adjacenten der jüngsten Wochenmärkte, z. B. des Neumarktes, würden dadurch bedeutenden Schaden erleiden. Redner glaubt, daß die Lust in den Markthallen doch der auf den freien Plätzen bedeutend nächstehen werde. Die von Herrn Stadtphysikus Gerty aus Berlin behauptete Verbilligung der Lebensmittel sei durchaus nicht nachgewiesen worden. Redner glaubt, daß dabei noch ganz andere Factoren mitspielen. Außerdem würde diese Verbilligung durch die Vertheuerung der Standgelder beeinträchtigt. Bis jetzt habe die Markverwaltung immer einen Überschuss gebracht, der für kommunale Zwecke verbraucht werden können; bei den Markthallen aber müsse dieser Überschuss und noch viel mehr zur Tilgung der 4 Millionen verwandt werden.

Der Vorsitzende erklärt, er habe den Redner nicht unterbrochen wollen, aber er halte es für empfehlenswert, erst die Generaldiscussion zu eröffnen und danach die einzelnen Punkte speziell zu berathen.

Zur Generaldiscussion nimmt zunächst das Wort

Stadt. Komponier, der sich gegen die Einführung von neuen Steuern und für die Convertirung der bereits bestehenden Anleihen ausspricht, um durch die Ersparrnisse daraus eine kleinere Anleihe verzinsen zu können.

Stadtämmerey von Osselsheim wendet sich gegen die vom Vorredner vorgeschlagene Convertirung und warnt vor der Annahme eines daraus hinzielenden Antrages. Im Übrigen aber könne er versichern, daß er in den Ausschuzberathungen sich den Ansichten der Majorität des Ausschusses ganz angeholt habe und auch Magistrat denselben betreten werde.

Hiermit wird die Generaldiscussion geschlossen. In der sodann eröffneten Special-Discussion gibt nur die Markthallen-Frage zu einer längeren Debatte Anlaß.

Stadtrath Kopisch spricht für die Bewilligung der 4 Millionen zu Markthallen. Der Gedanke der Errichtung von Markthallen sei nicht neuerer Datums. Die Versammlung habe schon mehrmals Magistrat erachtet, die Befestigung der öffentlichen Märkte anzutreiben. Die Ausgabe der Markthallen seien dreifacher Art: Schutz der Käufer, der Verkäufer und vornehmlich der seitgehaltenen Genußmittel. Redner geht im weiteren näher auf den letzten Gegenstand ein und erklärt an einer Anzahl Beispiele den Vortheil, welchen die Hallen den Nahrungsmitteln bieten. Die Hallen in Berlin hätten bis jetzt die Verzinsung und Amortifikation der aufgewendeten Capitalien vollständig gedeckt. Wenn behauptet werde, daß durch die Hallen die Producenten ausgeschlossen würden, so sei das nicht zutreffend, da in Berlin denselben neben den Händlern ein Platz eingeräumt sei, dies werde auch hier geschehen. Die Hallen würden überhaupt so gebaut werden, daß sie in Bezug auf Licht und Luft allen Ansprüchen der Neuzeit genügen. Redner führt eine Anzahl Städte an, in welchen bereits Markthallen errichtet seien und sich bewährt haben. Man habe gegen die Hallen angeführt, daß ein so großer Zusammenschluß von Verkäufern gleicher Art dem Geschäft schädlich sei würde. Es zeige sich aber täglich im Geschäftsleben, daß dies nicht der Fall sei. Redner erinnert u. A. an unsere Fleischbänke und bittet schließlich, die Vorlage des Magistrats auch in diesem Punkte anzunehmen.

Stadt. Simon erinnert zunächst daran, daß bei der Einrichtung aller größeren Werke, die sich hinterher eines allgemeinen Befalls zu erfreuen gehabt hätten, immer eine Minorität sehr energisch dagegen gefaßt habe, und so sei das auch mit den Markthallen. Bei den bisherigen Berathungen über diese Frage habe sich die Versammlung im Prinzip immer mit der Errichtung von Markthallen einverstanden erklärt, und auch heute handle es sich ja nur um die principielle Frage. Mit der Anerkennung dieser letzteren präjudizierten die Gegner der Markthallen ihre speziellen Beschlüsse keineswegs, während sie mit der Ablehnung die ganze Frage aus der Welt schaffen würden. Der Gründe, welche gegen die Markthallen sprachen, seien hauptsächlich zwei, zunächst daß die Adjacenten der jüngsten Wochenmärkte geschädigt würden und dann, daß die Markthallen sich nicht rentieren würden. Der erste Punkt müsse gegen die Gesamtinteressen der Stadtcommune zweifellos zurückspringen, außerdem werde sich ja auch zum Erfrage für diese Schädigung der Adjacenten in anderen Stadttheilen ein viel regerer Handelsverkehr entwickeln. Einen derartigen particularistischen Standpunkt müsse man hierbei fallen lassen. In Bezug auf den zweiten Punkt höre man immer den Einwurf, Breslau dürfe sich nicht mit Berlin vergleichen. Aber wenn man Breslau immer eine so untergeordnete Stellung zugewiesen haben würde, dann würde Breslau nie zu dem Aufschwung gekommen sein, den es in der letzten Zeit doch genommen habe. Die Verkäufer hätten gegenüber der geringen Erhöhung des Marktgeldes doch die großen Vortheile, vor Wind und Wetter gefaßt zu sein, den ganzen Tag über verkaufen und die Waaren vor dem Verderben viel besser schützen zu können. Herr Kaiser habe mit seiner Bestreitung der Vertheuerung beweisen können. Die Hauptfache sei, daß die ganze Einrichtung der Gesundheit in außerordentlichem Maße zu Gute komme und daß man bessere und wahrscheinlich auch billigere Lebensmittel haben werde. Alle diese Vortheile kämen hauptsächlich den minderbürgerten Bürgern zu gute. Das frühere Scheitern der Vorlage habe daran gelegen, daß Magistrat von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen sei. Damals habe er eine einzige Markthalle und zwar auf einem öffentlichen Platze errichten wollen, wovon er jetzt zurückgekommen sei.

Freilich müßten, wenn die Markthallen sich rentieren sollten, alle anderen öffentlichen Märkte geschlossen werden. Im Ausschuss seien bei der Berathung der Vorlage, wie immer, die Gegner der Vorlage verhältnismäßig stärker vertreten gewesen, als die Anhänger, sonst würde der Bericht wohl mit größerer Majorität gefaßt worden sein.

Stadt. Weinhold spricht gegen die Errichtung der Markthallen. Die jetzt aus den Marktgeldern sich ergebende reine Einnahme von netto 60 000 M. werde dann fortfallen, und wo solle man dann das Geld zur Verzinsung hernehmen, wenn die 4 Millionen nicht ausreichen, sondern sich vielleicht verdoppeln? Dann würden neue Steuern kommen. Er müsse doch trotz der gegenwärtigen Aufsicht des Vorredners dabei bleiben, daß Breslau noch lange nicht Berlin sei, nach welch leichter die reichen Leute aus ganz Deutschland zusammenströmen, während in Breslau die Armut, wie statistisch feststehe, wachse. Man müsse auch berücksichtigen, daß nach Berlin ¾ aller Lebensmittel durch die Eisenbahn geschafft würden, gegenüber ¼ in Breslau. Gegenüber den Anhängern der Hallen, welche die öffentlichen Märkte für so widerwärtig halten, glaube er, daß auch in den Markthallen die Lust nicht sehr angenehm sei, wie es auch nicht anders sein könne. Im weiteren wendet sich Redner gegen die Ausschuzberathungen des Stadtrath Kopisch in betreff der Städte, welche bereits Markthallen eingeführt hätten, und führt aus, daß manche damit recht schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Redner bittet, auf bessere Zeiten zu warten und heute gegen die Errichtung von Markthallen zu stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion ist eingegangen. Zum Wort findet noch gemeldet die Stadtverordneten Struve, Görlich, Dr. Lion und Morgenstern.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion ist eingegangen. Zum Wort findet noch gemeldet die Stadtverordneten Struve, Görlich, Dr. Lion und Morgenstern.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die Einstellung von 4 Mill. zur Errichtung von Markthallen, letzterer mit 42 gegen 32 Stimmen.

Die Versammlung nimmt nach kurzer Debatte den Schluß der Discussion auf und es wird, da der Referent auf das Schlußwort verzichtet, in die Abstimmung eingetreten. Bei derselben werden sämtliche Anträge des Ausschusses genehmigt, also auch derjenige, betreffend die E

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Die Versammlung nimmt demnächst noch nach kurzer Discussion von der Vorlage des Magistrats, betreffend die von einer Commission des Magistrats vorgenommene Prüfung der Bilanz der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft, Kenntnis, worauf die Versammlung gegen 6½ Uhr geschlossen wird.

* **Vom Löbtheater.** Morgen, Freitag, findet eine nochmalige Wiederholung der „Fledermaus“ mit Pauline Elßäffer als Rosalinde statt. Morgen Sonnabend werden die „Junggesellen“ von Felix Friedrich zum ersten Male wiederholt. Am Sonntag Nachmittag 4 Uhr findet die leichte Sonntagnachmittagsvorstellung der Saison zu kleinen Preisen statt; zur Aufführung gelangt: „Familie Buchholz.“

* **Von der altkatholischen Gemeinde.** In der am Freitag, 20. c., Abends 8 Uhr, stattfindenden Versammlung der altkatholischen Gemeindeangehörigen im großen Saale des Hotels „Zum blauen Hirsch“, Oldenstrasse 7, wird Herr Prof. Dr. Weber einen Vortrag halten über das Thema: „G. Mozart, Professor an der Universität Löwen, über das Verhältnis von Staat und Kirche.“ Gäste haben Zutritt.

-d. **Vom hiesigen katholischen Schullehrer-Seminar.** Wie bekannt, bestand bei der Regierung die Absicht, das hiesige katholische Schullehrer-Seminar, dessen Räumlichkeiten nicht mehr allen Anforderungen entsprechen, nach einer Stadt in der Provinz zu verlegen. Der Cultusminister hat nun dahin entschieden, daß mit Rücksicht auf die Vorstellungen des Magistrats von Breslau und des Fürstbischofs Dr. Kopp das Seminar in Breslau verbleiben soll, obwohl der Herr Minister prinzipiell der Ansicht ist, daß derartige Anstalten nicht in größeren Städten unterzubringen seien. In dem Entscheide ist allerdings die Erwartung ausgesprochen, daß der Magistrat sich in Bezug auf Gewährung eines neuen Bauplatzes entgegenkommend verhalten werde.

Das Siegesdenkmal auf dem Augustaplatz ist in Folge von Witterungs einflüssen so bedeutend schadhaft geworden, daß die Promenadenverwaltung, um Unglücksfälle zu vermeiden, sich genötigt gesehen hat, die Umgebung derselben abzusperren. Schon am Gründonnerstag sind mehrere das Denkmal verzierende gotische Kathärchen, und in diesen Tagen noch einige kleinere Fialen herabgestürzt, so daß die Estrade mit Sandsteinfiguren und Schutt bedeckt ist. Eine oberhalb über den Soldatenfiguren angebrachte größere Fiale senkt sich bereits in schräger Richtung und droht jeden Augenblick herabzufallen und andere darunter befindliche Kathärchen mit herunter zu reißen. Im Laufe des Tages soll die Feuerwehr mit der großen Leiter hin beordert werden, um die schabhaften Sandsteinfiguren vollends abzuheben und so die Gefahr für die Passanten zu beseitigen. Das ganze Siegesdenkmal wird jedenfalls einer größeren Reparatur unterzogen werden müssen.

* **Neue evangelische Garnisonkirche.** Wie verlautet, beschäftigt sich gegenwärtig die Militärbehörde mit der Errichtung einer neuen evangelischen Garnisonkirche, als welche bisher die Barbarakirche gedient hat. Als Baustelle soll der alte Garnisonkirchhof in dem zwischen der Klosterstraße und dem Ohlauer gelegenen Theile in Aussicht genommen sein.

Die Grundstücke Fürstenstraße Nr. 63 bis 71 und Marstrasse Nr. 6, bisher im Besitz des Hotelbesitzers A. D. Heinemann, sind durch Kauf in den Besitz des Dr. med. Rabierske in hier selbst übergegangen.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Landtag.

* Berlin, 19. April. In der heute fortgesetzten Berathung des Gesetzentwurfes über die Erleichterung der Volkschullasten wurde der vielmehrtrittene § 5 schließlich nach Ablehnung des Regierungsentwurfs und aller Abänderungs-Anträge in der Fassung der Commission angenommen. Das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Unterrichts wird in dieser Fassung durch weitgehende Ausnahmen durchlöchert. Ein Antrag des Abg. Rickert, wonach aus den Geldern der lex Huene zwei Millionen Mark zur Durchführung des gestern beschlossenen § 1 nach der Commissionsfassung entnommen werden sollen, wurde abgelehnt. Bekanntlich weist diese Fassung erhebliche Mehrforderungen gegen die Regierungsvorlage auf. Der Antragsteller bezeichnete als Zweck seines Antrages, dem Finanzminister das Geld zur Ausführung des beschlossenen Paragraphen mit seinen Lehrergehaltszuschüssen zu gewähren. Der Finanzminister sprach sich ziemlich günstig über den Antrag aus, wie überhaupt diesmal die Freisinnigen bei dieser Vorlage mit der Regierung am meisten Hand in Hand gingen. Indessen wurde er nach lebhafter Discussion gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt. Auch an den Paragraph 6 a, nach welchem eine Verfassungs-Änderung durch den Gesetzenwurf bedingt wird, knüpfte sich eine angeregte Discussion. Der Abgeordnete Dr. Gneist hielt eine Verfassungs-Änderung nicht für notwendig. Dieses Gesetz stände nicht im Widerspruch mit Artikel 25 der Verfassung, sondern bilde vielmehr den Anfang zur Durchführung derselben. Die folgenden Redner wandten sich dagegen größtenteils gegen diese Anschauung. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der § 6 a mit 215 gegen 108 Stimmen angenommen. Darauf genehmigte das Haus debattelos die Nothstands-Vorlage in zweiter Lesung. Morgen sollen kleinere Vorlagen und das Sekundärbahngesetz berathen werden.

Abgeordnetenhaus. 46. Sitzung vom 19. April.

11 Uhr.

Am Regierungstische v. Scholz, v. Göhler, v. Puttkamer, v. Böttcher, Lucius, v. Maybach und Commissarien. Eingegangen ist ein Antrag des Abg. Freiherrn v. Douglas, betreffend die Anordnung von Vorlesungen über die erste Hilfslistung bei plötzlichen Unglücksfällen auf den technischen Hochschulen, technischen Unterrichtsanstalten aller Art sowie auf den Seminarien und die Darstellung über den Hergang der Nebenschwemmungen im Frühjahr 1888.—Die zweite Berathung des Gesetzenwurfs betreffend die Erleichterung der Volkschullasten, wird fortgesetzt. Die Debatte über § 5, welcher die Aufhebung des Schulgeldes ausspricht, und über die dazu gestellten Anträge war gestern nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Rintelen begründet ein von ihm zu den Commissionsvorschlägen eingebrochtes Amendment, nach welchem allgemein das Schulgeld nur um den Betrag des Staatsbeitrags gekürzt, d. h. überall dort, wo der legitime Unterschied vorliegen sollte, soll das Schulgeld nicht erreicht, in Höhe der Differenz vorherübergehen soll. Sowohl die Regierungsvorlage als der Commissionsbeschluss müßten die größten Ungerechtigkeiten im Gefolge haben, erstere wegen der Benachteiligung der bisher wesentlich auf die Schulgeldverträge angewiesenen Schulgemeinden, letztere wegen der Schwierigkeiten, welche durch sie in Betreff der sog. gehobenen Volkschule entstehen müßten.

Abg. Kropatschek (conf.): Wer in der Aufhebung des Schulgeldes den einzigen Zweck des Gesetzes sieht, der muß bei der Regierungsvorlage stehen bleiben. Aber meiner Meinung nach ist die Erleichterung der Volkschullasten die Hauptfahrt, und diese wird nicht erreicht, wenn das Schulgeld befeitigt wird (Widerspruch), weil eine ganze Reihe von Gemeinden ohne Schulgeldvergebung finanziell geschädigt wird. Dieser Ungerechtigkeit tritt der Commissionsbeschluss besser entgegen als der Antrag Hobrecht. Wir gefallen beide Wege nicht, denn beide führen schließlich zu besonderen Armenschulen. Der Antrag Hobrecht führt sogar dazu, daß der Unterricht in den Schulgäuden ein besserer wird, als in den Armenschulen. Aus sozialpolitischen Gründen kann ich dieser Begünstigung der Bourgeoisie nicht zustimmen. Uebrigens leisten z. B. die Berliner Communal-Schulen mehr als die sogenannten „gehobenen“ Schulen in einigen anderen kleinen Städten, zu deren Gunsten man eine neue Kategorie von Volkschulen schaffen soll. Das ist eine Umgehung der Verfassung, die den unentgeltlichen Unterricht in der Volkschule verlangt.

Abg. v. Tiedemann-Labisch (freicons.) ist ein Gegner des Schul-

geldes, welches bei einer Zwangsschulz nicht bestehen kann, welches ferner die kinderreichen, ohnehin schon in ihrer Lebensunterhaltung beschränkten Familien mehr belastet als die kinderlosen. Deshalb sei die Abschaffung des Schulgeldes notwendig. Der Antrag der Commission führt aber das Schulgeld durch eine Hinterbirne wieder ein und schafft außerdem die bedeutlichen Armenschulen. Die Befestigung des Schulgeldes sei notwendig und leichter ausführbar, als man annimmt. Redner wird für die Vorlage stimmen, allenfalls für den Antrag Hobrecht, aber in jedem Falle gegen den Commissionsbeschluss. Die Vorlage ist ein Stück Programm von großem Werth. Die Regierung hat damit einen Weg bejritten, den sie nicht mehr verlassen kann. Die Vorlage führt an, daß der Staat allmählig je nach dem Stande der Finanzen die ganzen persönlichen Schullasten übernimmt. Ferner wird die Befestigung der Schulen herbeigeführt.

Der Abg. Rickert hat inzwischen den Antrag eingebracht, folgenden § 5b einzufügen:

Der § 5 des Gesetzes vom 14. Mai 1885 (der sog. lex Huene) wird dahin abgeändert, daß vom 1. April 1889 ab der vom Anteil Preußens am Ertrage der Getreide- und Viehzölle zu allgemeinen Staatszwecken zu verwendende Betrag, welcher von den Überweisungen an die Communalverbände abzuziehen ist, von 15 auf 17 Millionen Mark erhöht wird.

Abg. Peters-Pinneberg (natl.): Die Vorlage bringt im Ganzen eine Erleichterung der Schullasten, denn der Staatsbeitrag ist bedeutend höher, als der Gesamtbetrag des Schulgeldes. Wenn einzelne Gemeinden dabei schlechter wegkommen, so kann man vielleicht im Wege des Antrages Hobrecht helfen, aber nicht durch die Beschlüsse der Commission, welche die Armenschule schaffen. Auf dem Wege zur Befestigung des Schulgeldes darf die Regierung nicht stehen bleiben; der Antrag Hobrecht führt dieselbe nach absehbarer Zeit herbei. Er schafft kein neues Schulsystem, sondern schließt sich nur an bestehende Einrichtungen an.

Abg. Rickert: Der Vorredner hat sehr Vieles beigebracht für die Vorlage der Regierung, schließlich aber läßt er sie im Stich, weil er sie ohne eine Concession nicht bekommt. Warum denn nicht? Der § 5 wäre sicher glatt durchgegangen, hätten die Herren nicht von vornherein sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Sache ohne Concession nicht zu machen wäre. Aber wir kennen ja die Entstehungsgeschichte des Hobrechtschen Antrages. Die Städte, insbesondere von Hannover, haben diese ganze Bewegung hervorgerufen. Auf dem Städtetag in Hannover hat sich Strudmann ganz offen gegen die Aufhebung des Schulgeldes ausgesprochen, und nun suchen die Herren einen Compromiß zu machen mit denjenigen Herren, welche für die Aufhebung des Schulgeldes sind. Ich mache mit Niemandem ein Compromiß, der ein principieller Gegner der Aufhebung des Schulgeldes ist. Ich mache den Herren den Vorwurf, daß sie ohne Roth und zu früh Concessions gemacht haben. Die Vertreter der Städte haben natürlich kein Interesse an der Aufhebung des Schulgeldes, sie wollen die Armenschule neben der Bürgerschule. Ich bin auch durch eine Volkschule gegangen und danke es noch meinem Vater im Grabe, daß er mich vor dem Dunkel gerettet hat, daß die Kinder wohlhabender oder „gebildeter“ Eltern besser seien, als die armer Eltern. Ich freue mich, daß Herr v. Tiedemann auf demselben Standpunkt steht und sich so warm für die Regierungsvorlage ausgesprochen hat. Ich hoffe nun, daß er auch einen geschäftsmäßig-mäßigen Antrag stellen wird, der es ermöglicht, mit ihm in erster Reihe für die Regierungsvorlage zu stimmen. Der Widerwillen gegen die wirkliche Volkschule und daher die Vorliebe für die sog. gehobene Volkschule tritt am eindrucksvollsten aus der Kieler Position. Hier wird gefragt, das Hindernis der Verhöhnung der Volkschulen liegt wesentlich in der Beschaffenheit des Schülermaterials. Um ihre Kinder von dem Umgang ungeeigneter Kinder fernzuhalten, zögern die bürgerlichen Eltern vor, ihre Kinder in eine besondere Schule zu schicken und dafür ein Schulgeld zu zahlen, wenn es sie auch drückt. Ich bedaure, daß der Schulvorstand in Kiel die Kinder minder wohlhabender Eltern mit einem sittlichen Maßel behaftet, als seien sie von Geburt aus für die übrigen Kinder ein durchaus unsittlicher Umgang. Herr Kropatschek hat gesagt, es liege ihm in erster Reihe nicht an der Aufhebung des Schulgeldes, sondern an der Entlastung der Gemeinden. In dieser Beziehung stehen wir Ihnen absolut nicht nach. Das beweist mein Antrag. Ich kann Sie nur bitten, den § 5 in der Fassung der Regierung anzunehmen.

Abg. Windthorst: Eine Steuer ist das Schulgeld absolut nicht. Es hat mit einer Steuer keine andere Ähnlichkeit als die, daß es in Geld gezahlt wird. Man ist schon vollständig in dem Staatschulgeldgedanken befangen. Das Schulgeld ist eine Ausgabe für die Erziehung, welche jeder Familienvater auf sich zu nehmen hat. Eine Hilfe der Gemeinden kann nur subsidiär eintreten. Für die absolute Aufhebung des Schulgeldes ist kein anderer Grund vorhanden, als daß, was in der Verfassung steht.

Das steht aber schon lange Zeit darin, und in dieser Zeit sind die verschiedenen Ansichten zu Tage getreten. Wenn man in einem Unterrichtsgesetz die Dotationsverhältnisse der Schule und der Lehrer feststellen wird, kann auch die Frage des Schulgeldes geregelt werden. Wir dürfen aber nicht vorweg bezügl. des Schulgeldes präjudiziale Bestimmungen treffen. Die ärmeren Klassen können einfach dadurch erleichtert werden, daß man die vorhandenen Gelder den Gemeinden überweist und ihnen selbst überläßt, wie sie die Gelder zweckmäßig verwenden wollen. Damit würde ein großer Theil der Schwierigkeiten, die heute vorhanden sind, beseitigt. Für die Aufhebung des Schulgeldes führt man auch die zahlreichen Schulgeld-Executionen an. Bei anderen Executionen ist man nicht so ängstlich. Allerdings sind diese Executionen eine traurige Erscheinung. Man sieht sie aber vermindern, wenn da, wo dieselben notorisch fruchtlos verlaufen, die Gemeinden einzutreten verpflichtet werden. Aber man regiert bei uns lediglich vom grünen Tisch, ohne die Dinge praktisch anzufassen. (Zwischenrufs rechts: Die Geheimräthe!) Ja wohl, die Geheimräthe! (Heiterkeit.) Ich bin gegen den Commissionsantrag, aber noch mehr gegen den Antrag Hobrecht. Man sollte den Gemeinden die Ueberflüsse einfach geben, dann braucht man von gehobenen Schulen gar nicht zu sprechen. Ich habe überhaupt keine besondere Meinung von diesem „Gehobenen“ sein. Aus dem Zusammensein in der Jugend entwickeln sich Eindrücke fürs Leben. Ich würde es beklagen, wenn ich nicht in der ersten Zeit meiner Jugend in einer Dorfschule gesessen hätte; das ist mir natürlich gewesen. Wenn man die Jugend so früh trennt, werden die sozialen Gegensätze nur stärker. Da ich aber mit meinen Ansichten nicht durchdringe und man den Gemeinden das Geld direct nicht geben will, so werde ich in der zweiten Lesung pure für die Commissionsbeschlüsse stimmen.

Bei der Abstimmung werden alle Amendements abgelehnt. Für den sog. Compromisantrag Hobrecht-Zedlik-Holz stimmen die Nationalliberalen, die Freiconservativen und von den Conservativen u. a. v. Minnigerode, v. Puttkamer, Trebbin, v. d. Reck, Graf Saurma-Ruppertsdorf, Simon, v. Baffrow, v. Belthheim, Wüsten, Döhring, Scheffer, sowie der Abg. Cremer.

Für die Anträge Rintelen erhebt sich nur der Antragsteller. Angenommen wird die Commissionsfassung mit den Stimmen der beiden conservativen Parteien, des Centrums und der Polen, sowie des national-liberalen Abg. Tramm.

Mit derselben Majorität gelangt § 5a zur Annahme. Zu § 5b (Antrag Rickert) bemerkte der Referent

Abg. v. Holz, daß der Commission ein ähnlicher Antrag vorgelegt hat, von ihr aber abgelehnt worden ist, weil die Mehrheit den Zusammenhang derselben mit dem Gesetz nicht einzusehen vermochte. Herr Rickert hätte um seinen Zweck zu erreichen, seine Anregung beim Etat anbringen oder einen selbstständigen Antrag stellen müssen.

Abg. v. Huene (C.) erklärt sich gegen die darin beantragte Abänderung des von ihm herrührenden Gesetzes, weil den Gemeinden dadurch eine Einnahme entzogen würde oder wenigstens die ihnen bisher gewohnte Entlastung von Kreisabgaben geschmälert würde. Zu bedauern ist, daß man nicht an Stelle des Schullastengesetzes mit den 20 Millionen Mark die Ueberweisung der halben Grunds- und Gebäudesteuer bewerkstelligt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rickert: Daß Herr v. Huene sehr lebhaft gegen diesen Antrag eintrete, war sicher und gar nicht anders zu erwarten. Sie erklären das Gesetz für schlecht, thun aber nichts, dieses schlechte Gesetz zu beseitigen. Mein Antrag ist lediglich eine Consequenz des gestrigen Verhältnisses des Finanzministers. Das Haus hat gestern einstimmig für § 1 gestimmt, und der Finanzminister hat darauf erklärt, es sei ein ganz ausgezeichneter Paragraph, der nur die eine schwache Seite hat, daß das Gesetz fehle, um ihn ins Leben zu rufen. Es sollen 2½ Mill. fehlen. Ich habe nun den Finanzminister, der in der Commission eine ganz zustimmende Halbung zu dem bezüglichen national-liberalen Antrag eingenommen haben soll, gefragt, wie er darüber denkt, wenn wir die lex Huene anbrechen. Gestern schrieb er, heute wird er hoffentlich sprechen; denn es ist ein formulierter Antrag da. Wir wollen, daß § 1 nicht an dem Mangel von Mitteln scheitert. Ganz unbegreiflich ist mir, wie der Referent davon sprechen kann, der Antrag gehöre nicht in das Gesetz. Wenn man in das Gesetz das hineinschreibt, was seine Ausführung ermöglicht, so sollte das unzulässig sein?

Und soll denn dem Staat etwas geschenkt werden? Er soll es ja an die Gemeinden weiter geben. Wo bleibt denn plötzlich Ihr großes Interesse für die Communalverbände, wenn Sie jedesmal, wo man die Sache ernsthaft ansaßt, nicht zu haben sind? Was ist besser, die zwei Millionen aus der lex Huene an die Kreise zu geben mit voller Verwendungsfreiheit, oder sie direkt den Gemeinden zuzuwenden? Wie viel haben denn die Kreise zu Schulzwecken an die Gemeinden gegeben? Kann nur der Vater der lex Huene darüber Auskunft ertheilen? Ich begnüge mich mit diesen Bemerkungen und sehe der Neuherierung des Finanzministers entgegen.

Finanzminister v. Scholz: Der Abg. Rickert meinte, daß ich in der Commission einem ähnlichen Antrage gegenüber eine zustimmende Haltung eingenommen hätte. Das trifft nicht zu. Ich erkläre hier wie in der Commission, daß die Staatsregierung gar keinen Anlaß hat, über einen solchen Antrag schon, wenn er zuerst gestellt wird, sich schlüssig zu machen.

In Eventu. fügt die Staatsregierung keine Beschlüsse. Auch heute bin ich bei dem Antrag Rickert nicht in der Lage zu sagen, wie die Regierung sich dazu stellen würde, falls er Annahme im Hause finden sollte. Erst wenn der Antrag angenommen wäre, würde die Regierung darüber Beschluß fassen. Mein persönliches Urtheil in der Commission ging allerdings dahin, daß mir der Weg, den der Abg. Rickert vorschlägt, an und für sich gangbar erscheine. Wenn die Staatsregierung es für richtig gehalten hätte, einen Weg einzuschlagen, dann würde sie einen solchen Vorschlag schon in die Gesetzesvorlage aufgenommen haben. Da sie es nicht gehabt, so hat sie damit bestimmt, daß sie diesen Weg nicht für räthlich gehalten. Im Übrigen erkläre ich, daß der § 1 mit höheren Anforderungen ohne gleichzeitige Angabe des Mittels für dieselben für die Regierung unannehmbar ist. An der Festigkeit dieses Standpunktes möge Niemand zweifeln.

Abg. v. Minnigerode: Wir haben gestern dem § 1 mit erhöhten Zuwendungen zugestimmt in der Voraussetzung, daß innerhalb der Regierung die Deckung dafür gefunden werden wird. Wir sind nicht gewillt, bei dieser Gelegenheit die Ueberweisungen, die aus der lex Huene den Gemeinden zu Gute kommen, auch nur im Geringsten verkürzen zu lassen (Beifall rechts und im Centrum), wenn wir auch die Regelung nach der lex Huene für keine absolut normale halten, vielmehr dauernde feste Ueberweisungen haben möchten. Eine Kürzung der Ueberweisung nach der lex Huene könnten wir den Communen gegenüber nicht verantworten. Wir wollen das festhalten, was wir durch dieses Gesetz haben, und uns nicht darin beirren lassen durch den Antrag Rickert, der das ganze System durchlöchern will. Auch die durch das gegenwärtige Gesetz gewährte Summe wird von den Schulgemeinden mit Dank als eine wesentliche Erleichterung angenommen werden (Beifall rechts).

Abg. Windthorst: Ich kann meines Theils nur bedauern, daß der Finanzminister sich nicht präziser gegen den Antrag Rickert erklärt hat. Der Antrag will einen Theil bestimmen, was durch Gesetz bereits den Gemeinden zu freier Verfügung überwiesen ist, nehmen und für Zwecke verwenden, wo sie keine freie Verfügung haben. Die Ueberweisungen nach der lex Huene wollen durch direkte Zuwendungen einen Erfolg bilden für die Belastung durch die indirekten Steuern. Sie beseitigen wollen, beweist kein Gehöben für die Gemeinden, die sich auf die Ueberweisungen schon eingerichtet haben. Die Zollvorlage hätte keine Mehrheit gefunden, wenn nicht eine solche Compensation durch die lex Huene geboten worden wäre. Ein Beschluß nach dem Antrage Rickert würde nicht ermutigen, ähnliche Abmachungen wieder einzugeben.

Finanzminister v. Scholz: Die lex Huene beruht nicht auf irgend einer Abmachung, die von der Regierung eingegangen wäre, um die Zollvorlage zu erlangen. Solche Abmachungen können nicht die Basis der Gesetzgebung bilden.

Abg. Enneccerus: Auch diejenigen, welche der lex Huene in keiner Weise geneigt sind, halten sietheimweise für werthvoll, weil sie in ihr die Grundlage sehen für eine gesunde Steuerreform durch Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communen. Die Freisinnigen selbst haben durch ihre heutige Abstimmung bei dem Antrage Hobrecht es verhindert, daß das Gesetz zu Stande kommt. Hoffen wir, daß sie in dritter Lesung ihre Stellungnahme ändern, denn sonst kommt das Gesetz zu Fall.

Abg. Rickert: Der Abg. Enneccerus macht uns verantwortlich dafür, daß der Compromiß gefeiert ist. Unsere Abstimmung ist aber gar nicht maßgebend gewesen; denn die Conservativen und das Centrum hatten die Majorität. Das ist eben die Illusion der Nationalliberalen, daß sie meinen, dadurch, daß sie mitmachen, die Sache bessern zu können. In ihrer Presse ist mit Nachdruck hervorgehoben worden, daß die Conservativen bei dieser Frage das Cartell gar nicht berücksichtigt hätten. Diese Behandlung lassen Sie (zu den Nationalliberalen) sich gefallen. Andere nicht! Das ist eben der Unterchied in unserem Verhalten. Wir beantragen jetzt, was wir wollen. (Heiterkeit.) Dieselben Herren, welche in der Commission einen Antrag gestellt haben, weichen jetzt einfach vor der Majorität zurück und werden im Stiche gelassen.

Abg. Windthorst: Ich halte dem Finanzminister gegenüber meine Behauptung aufrecht, ein klarer schriftlicher Vertrag ist allerdings nicht gemacht, aber als im Reichstag die Verhandlungen wegen der Zollvorlage schwieben, haben wir sehr bestimmt erklärt, daß wir derselben ohne die lex Huene nicht zustimmen. Wir sind auch so vorsichtig gewesen, im Reichstage nicht eher unsere Zustimmung zu geben, bevor die lex Huene hier angenommen wird.

Finanzminister v. Scholz: Ich vermag im Augenblick nicht festzustellen, ob erstmals die lex Huene und dann das Zollgesetz beschlossen worden ist. Es mag sein! Ich habe aber nur bestritten und bestreite, daß dabei eine Abmachung und insbesondere eine Abmachung mit der Regierung stattgefunden hat. Wir haben natürlich auch innerhalb der Regierung die

(Fortsetzung.)

Artikels 25, deshalb kann es keine Änderung derselben enthalten; derselbe braucht also auch nicht suspendir zu werden. Sollen wir noch zwei Monate führen, um einen juristischen Umtum zu beschließen?

Abg. Sach (cont.): Der Verfassungsartikel ist nicht ein Vertrag zwischen Staat und Gemeinde, von dem der Staat abgehen kann, wenn er Opfer bringt. Der Artikel enthält außer der finanziellen Seite auch die, daß die Gemeinde einen gewissen Einfluss auf die Schule haben soll. Wenn Art. 25 auch jetzt noch nicht gilt, so tritt er doch in Kraft, sobald wir an den bestehenden Vorschriften über das Schulwesen etwas ändern. Wir erkennen mit der Commission die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung an, wenn auch die Firma, daß das Specialgesetz diese Änderung herbeiführt, nicht unseren Wünschen entspricht.

Abg. v. Biedlich-Zeilich: Die Auffassung des Vorredners, daß Art. 25 der Verfassung actuelles Recht werde mit jedem Act der Gesetzgebung, welcher in den Bereich des Art. 25 falle, also auch mit diesem Gesetz, steht im Widerspruch mit dem Art. 26 und dem Art. 112. Nicht durch jedes Gesetz, sondern durch das im Art. 26 vorgesehene Unterrichtsgesetz, welches die Bestimmungen der Verfassung auszuführen, zu definieren und zu präzisieren hat, wird der im Art. 25 berührte Gegenstand berührt. Das ist auch die Meinung eines der hervorragendsten Mitglieder des Centrums, des Herrn Reichensperger gewesen, der den Artikel 112 bei seiner Einbringung mit dem Bemerken bekämpft hat, daß die übrigen einschlägigen Artikel der Verfassung so lange suspendirt seien, als das Unterrichtsgesetz nicht zu Stande gekommen sei. Das man in der Folge unter diesem Rechtszustande Gesetze machen könnte, welche sich nicht mit den Artikeln der Verfassung decken, beweist das vorjährige Lehreranstellungsgesetz für Polen und Westpreußen. Auch dieses Gesetz entspricht dem Artikel 24 der Verfassung nicht völlig. Gleichwohl hat man es nicht für nötig erachtet, den Artikel 24 zu ändern, sondern den Artikel 112 und zwar wohl deshalb, weil die Jura quasita der Gemeinden und Patrone auf Grund der älteren Gesetzgebung einen verfassungsmäßigen Schutz genossen. Das gegenwärtige Gesetz steht überhaupt nicht auf dem Boden der Verfassung des Schulrechtes, welches vor der Verfassung bestanden hat. Ohne Frage werden Theile des gegenwärtigen Gesetzes, wenn sie auch formell sich als provisorisch darstellen, in Wahrheit doch einen definitiven Charakter bekommen und in das Unterrichtsrecht übergehen müssen, namentlich die staatliche Erleichterung der Schullaufenden und die Aufhebung des Schulgeldes. Deshalb meine ich, daß nicht Gründe des strengen Rechtes, wohl aber einer gefundenen Gesetzgebungs-politik dahin führen können, solche Gesetze nicht zu machen, welche im Widerspruch stehen mit dem bestehenden Verfassungsrecht. Nach Artikel 25 soll alles Schulgeld aufgehoben werden. Wir haben aber eben beschlossen, daß ein Theil des Schulgeldes stehen bleiben soll. Indessen soll die gehobene Volksschule nur nothgedrungen zur Zeit und vorübergehend als Volksschule gelten, und dann ist durch Einführung einer Frist das Verfassungsbedenken beseitigt worden, welches sich aus der theilsweisen Aufrechthaltung des Schulgeldes ergiebt. Die Verfassungsbedenken lassen sich also viel eher gegen den Commissionsbeschluß als gegen die Regierungsvorlage erheben. Der Vorredner hat sich darauf beschränkt, lediglich aus dem Wortlaut des Art. 25 Schlüsse zu ziehen, ohne den eigentlichen Sinn derselben klar zu stellen. Die Worte „im Falle des nachgewiesenen Unvermögens“ sollten, das geht aus den damaligen Verhandlungen hervor, lediglich den Zweck und die Absicht verfolgen, den Staat vor unbegründeten Anprüchen der Gemeinden zu sichern. Niemals ist aber in den Verhandlungen der Verfassungskommission und in den Kammern auch nur eine Spur des Gedankens zum Durchbruch gekommen, daß der Staat nicht berechtigt sein sollte, auch über das Minimum der Verpflichtung hinaus freiwillig für die Gemeinde Aufwendungen zu machen, zu denen er verfassungsmäßig nicht verpflichtet war. Der Minister Ladenberg hat im Gegenteil damals ausdrücklich erklärt, der Staat müsse nothwendig über diese Verpflichtung hinausgehen, wenn es finanziell möglich wäre. Allerdings hat Artikel 25 auch noch den Zweck, die Gemeinde als Hauptträgerin der Schullaufenden hinzustellen. Davon ist aber bei dem gegenwärtigen Gesetz nicht entfernt die Rede. Die Schulleistungen betragen weit über 100 Millionen, der Staat gewährt nur 20 Millionen, er absorbiert also garnicht, was die Gemeinde zu leisten hat. Wir haben aber auch eine ganze Reihe von Prädendenfällen, in denen man den Art. 25 anders aufgefaßt hat, als die Commission. Jahr aus Jahr ein erscheinen im Etat Forderungen für Alterszulagen der Lehrer, gleichviel, ob die betr. Gemeinde bedürftig ist oder nicht. Noch prägnanter tritt dies hervor bei dem Lehrerpensionsgesetz. Dieselben Gründe, welche Herr Sach heute vorgebracht hat, daß damals Herr Windhorst gegen die Verfassungsmäßigkeit des Pensionsgesetzes vorgebracht. Seine Gründe sind aber vor der großen Mehrheit dieses Hauses als unzutreffend erachtet worden. Damals hat der Staat ohne Rücksicht darauf, ob individuell für die einzelnen Gemeinden das Bedürfnis nachgewiesen worden war, einen Theil der Schullaufenden, nämlich die Pensionierung der Lehrer, übernommen. Jetzt machen wir genau dasselbe, indem wir einen anderen Theil der Schullaufenden auf den Staat übertragen. Wir würden mit uns selbst in Widerspruch gerathen, wollten wir heute etwas für verfassungsmäßig erachten, was wir beim Lehrerpensionsgesetz für verfassungsmäßig gehalten haben. Wenn wir es ehrlich mit dem Verfassungsrecht meinen wollen (Oho), dann müssen wir nicht blos formelle Bedenken gegen einen Artikel der Verfassung erheben, sondern auch materielle schwere Bedenken vorbringen. Ist dieses Bedenken berechtigt, dann müssen wir zunächst den Artikel der Verfassung wirklich ablehnen. Die Art, wie hier die Verfassung abgebrodelt wird, um ein Gesetz durchzulassen, das man haben will, ist in Wahrheit die schwerste Verleugnung des Verfassungsrechtes. Vielleicht sollen im nächsten Jahre abermals zwei Millionen vertheilt werden. Soll dann wieder eine Verfassungsänderung beschlossen werden? Auch in dieser Beziehung greift der Vorschlag der Commission beinahe ans Lächerliche. (Oho links.) Die Fassung des § 6a ist praktisch undenkbar und nicht vereinbar mit dem Ernst, mit dem man das Verfassungsrecht behandelt sollte. Es ist aber auch nicht nötig, denn die Auslegung des Art. 25 ist erst künstlich hineingetragen worden. (Beifall rechts.)

Vizepräsident v. Benda erklärt die Worte: „es grenzt an das lächerliche.“ (Abg. v. Biedlich: Beinahe! Große Heiterkeit), für unzulässig.

Abg. Reichensperger (C.): Es ist ein Irrthum zu behaupten, daß die betreffenden Verfassungsartikel keine Gültigkeit haben, weil sie bis zum Erlass des in der Verfassung vorgeheilten Unterrichtsgesetzes suspendirt seien, also erst mit dem letzteren in Kraft treten. Diese Verfassungsartikel haben eine bedeutende aktuelle Wirkamkeit. Sie verbieten, daß ein Gesetz gemacht werden kann, welches im Gegenhah zu diesen Prinzipien der Verfassung steht. (Hört! hört!) Sie bilden also eine Schranke gegenüber allen anderen Wünschen und Bestrebungen. Herr Gneist würde eine Verfassungsänderung nur für nötig halten, wenn der Artikel 25 sagte: „Der Staat darf die Gemeinde nur für den Fall des Unvermögens in den Schullaufenden unterstützen“, und Herr Gneist gehört ja zu den Juristen, die alles beweisen können. (Heiterkeit.) Der Sinn des Art. 25 ist: „Der Staat gibt keinen Zufluch, außer wenn die Gemeinde unvermögend ist.“ (Sehr richtig! Centrum.) Also enthält dieses Gesetz eine Verfassungsänderung. Wenn wir das Gesetz selbst haben wollen, so müssen wir auch den § 6a annehmen, um damit zu dokumentiren, wie ernst es uns mit der Heiligung der Verfassung ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Limburg-Stirum: Bei sorgfältiger Interpretation der Verfassung kommt ich zu anderer Auffassung als Abg. Sach, und ich werde deshalb mit einem erheblichen Theile meiner Parteifreunde gegen den § 6a stimmen. Die Bedenken, die vorgebracht sind, theile ich nicht. Mit dem Grundsatz, daß die Gemeinde principaliter Träger der Schullaufenden ist, ist ein Zufluch des Staates wohl zu vereinbaren; die Gemeinde bleibt nach wie vor verpflichtet, die Schullaufenden zu tragen, auch die Bestimmung, daß der Volksschulunterricht unentgeltlich sein solle, steht unsern Beschlüssen im Wege.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Rickert (Kur-Geschäftsordnung): Nachdem die Debatte geschlossen ist, will ich nur kurz erklären, daß meine Freunde fast einmütig die Notwendigkeit der Verfassungsänderung anerkennen und dafür stimmen werden.

In namentlicher Abstimmung wird der Commissionsbeschluß mit 215 gegen 108 Stimmen angenommen. Für denselben, mithin für die Verfassungsänderung, stimmen geschlossen das Centrum, die Polen und die Deutschfreisinnigen, ferner das Groß der Conservativen, von den National-Überalehen, die Abg. Diez, von Sytern, Kempe, Kleßche, Lubrecht, Dettler, Ottens, Schläger, Seer und Tannen, von den Freiconservativen Hansen, Krab, Mühl und Wessel; endlich die fraktionslosen Abg. Greiner, Lassau, Lotzkins und Spielberg. Der Abstimmung enthält sich Lüchhoff (frz.).

Gegen § 6a stimmen die Nationalliberalen und Freiconservativen mit

ben genannten Ausnahmen, ferner die Minister Lucius und Maybach, und von den Conservativen die Abg. Althaus, v. Bülow, Burchard, Döhring, Graf Harrach, v. Heydebrand, v. Holz, Korsch, v. Liebermann, Graf Limburg, v. Lynder, v. d. Marwitz, Scheffer, Simon, v. Zastrow, von Treskow.

Damit ist die zweite Berathung der Vorlage erledigt.

Die Resolution in Betreff der Alterszulagen soll erst in dritter Lesung discutirt werden.

Es folgt die zweite Berathung der Nothstandsvorlage.

Abg. Seer (Kur-Geschäftsordnung): Da wir bei der heute eingegangenen Denkschrift über den Umfang der Wasserhöden noch Gelegenheit haben, über die Einzelheiten uns auszusprechen, so beantrage ich, die Vorlage heute in bloc anzunehmen. (Beifall.)

Der Präsident bemerkt, daß zwei Abänderungsanträge vorliegen.

Abg. Rickert: Ich halte den Antrag des Abg. Seer für so zweckmäßig, daß ich die Antragsteller bitten möchte, für die zweite Lesung ihren Antrag zurückzuziehen.

Die Abgeordneten Abg. Gerlich und Francke-Tondern ziehen ihren Antrag zurück.

Berichterstatter Abg. v. Minnigerode erhebt gegen die en bloc-Annahme Widerspruch, da er als Referent Mitteilungen zu machen habe.

Es wird deshalb die Diskussion über § 1 eröffnet.

Berichterstatter Abg. v. Minnigerode: In der Commission hat die Regierung bezüglich der Schäden mitgetheilt, daß im Bromberger Kreisbezirk 1589 Kilometer Eisenbahnen beschädigt seien, davon 626 Kilometer dauernd. Die Schäden im Einzelnen seien noch nicht abzusehen. Es seien aber mindestens vier Millionen zum Retablissement notwendig. Ferner seien mindestens zwei Millionen zum Retablissement der Schäden innerhalb des Kreises der Bauverwaltung in Aussicht zu nehmen. Auch hierfür liegen nur ungefähre Schätzungen vor. Bezüglich der Beihilfen an Einzelne wurde mitgetheilt, daß das Über schwemmungsgebiet der Rogat und Elde 4 Du.-Meilen und das ganze über schwemmte Gebiet zusammen 46 Du.-Meilen betrage. Die Regierung habe in Übereinstimmung mit den freiwilligen Comités für die Liebesgaben vereinbart, daß die leisteten für das Unterkommen und den augenblicklichen Lebensunterhalt der Über schwemmten zu sorgen haben, die Staatsmittel dagegen hauptsächlich zum Retablissement und zum Wiedereinschiffen in den Nahrungsstand zu verwenden seien. Es könne sich bei diesen Beihilfen nur um eine Hilfe in mäßigen Grenzen handeln. Zuwendungen à fonds perdu könnten nur an die kleineren Leute gemacht werden. Im Übrigen sei die Wiedererstattung der Staatsmittel in Aussicht genommen, sollte jedoch ohne Härten durchgeführt werden. Die Regierung hält sich ebenso wie früher bei der Rheinüber schwemmung für berechtigt, diese Mittel auch für Desinfection der Wohnungen zu verwenden. Die Commission erkannte an, daß, wenn die Mittel vielleicht noch nicht ausreichten, doch gegen diese Vorlage keine Bedenken seien und es auf Grund weiterer Ergebnisse dem Hause vorbehalten sei, weitere Forderungen zu bewilligen. Die Commission hat also keine Veranlassung gehabt, eine Veränderung des § 1 vorzuschlagen. In Bezug auf die Annahme der Anleihe wurde in der Commission angeregt, die aus dem jetzt abgelaufenen Etat zur Verfügung stehenden Über überschüsse von 28 Mill. M. für diesen Zweck zu verwenden. Die Commission glaubte jedoch, in dieser Richtung keine Vorschläge machen zu sollen und es den Parteien des Hauses zu überlassen, solche Anträge zu stellen. — Die Regierung hat es abgelehnt, darüber eine bindende Erklärung abzugeben.

Das Gesetz wird darauf unverändert angenommen.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (kleinere Vorlagen, Secundär bahnhvorlagen).

Vom Kaiser.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 19. April, 8 Uhr 45 Min. Der Zustand des Kaisers war heute Morgen wiederum beruhigender. Die Nacht war ziemlich gut, die Atemung ruhig. Das Fieber war heute geringer, so daß sich im Ganzen eine leichte Besserung feststellen ließ. Die Untersuchung der Lunge durch die Professoren Leyden und Senator hatte kein anderes Ergebnis als bisher: Die Lunge ist frei. Dem entgegenstehende Nachrichten sind grundlos. Auf Wunsch der Aerzte hat der Kaiser das Bett heute nicht verlassen. Professor Leyden nimmt jetzt an den täglichen Berathungen der Aerzte Theil. Die Möglichkeit einer bereits begonnenen oder bevorstehenden Phämie (Blutvergiftung mittels Eiters) muß leider ins Auge gefaßt werden, wenn auch im Augenblick keine unmittelbare Lebensgefahr vorliegt. — Auch die „Nat.-Ztg.“ meldet: Die Nacht gestaltete sich gegen den Morgen hin etwas ruhiger. Die Atembeschwerden liegen etwas nach, gegen Morgen trat Schaf ein und die Temperatur sank einmal sogar auf 37,8 Grad, so daß sie nur wenig über dem normalen Stande war. Heute früh betrug sie aber wieder 38,3 Grad. Die Atemung war etwas ruhiger geworden und der Kaiser nahm das Frühstück mit Appetit zu sich. Bei der zu befürchtenden Affection der Lungen kann es sich um zwei Formen handeln: um die sogenannte Aspirations-Pneumonie, d. i. Lungenentzündung in Folge von Einathmen beziehungsweise Hinunterspielen der eitrigen Absonderung aus dem Kehlkopf und der Lufttröhre in die Lungen, oder um allgemeine Carcinose der Lungen, d. i. die von der örtlichen Erkrankung des Kehlkopfes ausgehende allgemeine Affection, welche allmälig die Lungen mit zahlreichen vereinzelten Knöpfchen durchsetzt. Beide Prozesse können auch zusammen vorkommen. Beide Prozesse haben aber das Eigenthümliche, daß sie durch die physikalischen Untersuchungsmethoden (Auskultation und Percussion) nach erfolgter Tracheotomie nicht nachzuweisen sind, weil die feineren Dämpfungserscheinungen ic. bei der Untersuchung durch die dicht oberhalb der Brusthöhle angebrachte Tracheotomiewunde zu schnell verschwinden. Wenn es also heißt, daß durch die vorgenommene Untersuchung der Brustorgane Anzeichen einer Lungenentzündung nicht nachweisbar oder nicht gefunden werden seien, so ist damit das Vorhandensein einer gefährlichen Affection leider keineswegs ausgeschlossen. Da ein schwerer Krankheits-Prozeß vorliegt, beweisen die beschleunigte Atemung und das anhaltende Fieber, welches den Kampf des Organismus gegen das eingedrungene Gift markirt. — Der „Berl. B.-Cour.“ will wissen, daß auch Knödel-Obeme, d. i. wasserlösliche Anschwellung an den Fußgelenken sich gebildet haben, welche unter Umständen auf Carcinom-Kachexie (Krebs-Versfall) deuten. — Die Nahrung des kranken Monarchen besteht aus eben so leicht verdaulichen als nahrhaften Speisen, welche sämmtlich in flüssigen oder breitigen Zustand gebracht sind. Auf Anordnung des Professors Leyden nimmt der Kaiser jetzt namentlich viel Milch zu sich, ein Nahrungsmittel, das allerdings auch schon früher ziemlich reichlich gegeben wurde, ferner aus Fleisch und Gemüse bereitetes, besonders nahr- und schmackhaftes Purée und diverse kräftige Weinsorten. — Die aufs Neue bedrohlich klingenden Nachrichten, welche aus dem Hoflager Kaiser Friedrichs nach Berlin gedrungen waren, hatten heute schon in früher Vormittagsstunde Hunderte aus der Hauptstadt vor das Charlottenburger Schloß geführt. Die Pferdebahnwagen waren überfüllt, mit der Stadtbahn langten ebenfalls viele Berliner an, Equipagen und Droschen fuhren vor dem Schloß vor, deren Insassen Erfundungen nach dem Besinden des gelebten Monarchen einzogen. Die Umgebung des Schlosses schwieg gegen gestern völlig verändert. Man hatte dem Publikum jetzt bis an das eiserne Gitter des Vorhofes herantreten ließ. Als ein Offizier die Menge durch die Schutzeute zum Zurschreiten auffordern lassen wollte, kam Gegenordre und die Massregel unterblieb. Stumm und regungslos steht jetzt der Menschenwall vor dem Schloß, alle Augen blicken nach den Fenstern des kranken Kaisers. — Um 9 Uhr erschienen die Professoren Senator

und Leyden im Schloß zur Consultation. Als sie nach einer Stunde herausstraten, wurden sie von der Menge umringt, von allen Seiten erkönten die Fragen: „Wie geht dem Kaiser? wie war die Nacht?“ Professor Senator antwortete: „Es geht etwas besser, doch werden Se. Majestät heute auf Wunsch der Aerzte das Bett nicht verlassen.“ Professor Leyden äußerte sich in ähnlichem Sinne. — Die Nacht hat der Kaiser, wie berichtet wurde, unruhig verbracht. Die längste Zeit, die der Monarch hinter einander schlafend zugebracht hat, war keine volle Stunde. Es war das in der Zeit von drei bis vier Uhr. Die Canäle mußten oft gereinigt werden, auch Atemungsbeschwerden stellten sich mehrfach ein. Ebenso stieg die hohe Körpertemperatur des Kranken den Aerzten Besorgnisse ein. — Um 9 Uhr früh traf der Ober-Ceremoniemeister Graf Cullenburg im Schloß ein, der bis 11 Uhr daselbst verblieb. Um 12 Uhr Mittags erschienen der Großherzog von Baden und der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, etwa eine Stunde später der Erbprinz von Meiningen. Kurze Zeit darauf fuhr die Kaiserin-Mutter vor, welche etwa eine Viertelstunde verweilte. Um 1¼ Uhr traf die Kronprinzessin ein.

Dass man in ärztlichen Kreisen und an unserem Hofe auf diese tiefe traurige Wendung schon seit längerer Zeit vorbereitet ist, das zeigt folgende, heute hierher gesandte Mittheilung der „Krefelder Zeitung“, welche derselben von einem Medicinier aus Bonn unter dem 18. April zugegangen ist. Der hier (in Bonn) als Husarenleutnant stehende Sohn des Oberhofmarschalls Graf Radolinski brachte von den Beisezungfeierlichkeiten die Nachricht mit, daß man beim Kaiser ein Griffenwerden der Karottis (Schlagader) für Mitte Mai befürchte. Eine Blutung aus dieser Arterie wäre bei der Morbidität der erkrankten Wandung und der hierdurch bewirkten Unmöglichkeit der Blutstillung leicht tödlich.“ Der ganze Ernst der Lage ist dem kaiserlichen Patienten völlig klar; er fügt sich mit einem wunderbaren Duldermut in sein Geschick. Geradezu erschütternd ist die Neußerung, welche, wie dem „Berl. Tageblatt“ erzählt wird, der Kaiser am Sonntag einem seiner Hosprediger auf einem Zettel geschrieben haben soll: „Beten Sie nicht für Genesung, sondern für baldige Erholung.“ In Bezug auf die Entlassung des Nachtkrankenwärters Beerbaum aus der Umgebung des Kaisers werden in einzelnen Blättern, namentlich der „Post“, Angaben verbreitet, denen gegenüber die „Börsische Ztg.“ in Folgendem nach authentischen Quellen den wirklichen Sachverhalt mittheilt: Das Vorkommnis, welches in Betracht kommt, fällt in die Nacht vom Freitag, 13. d. M. Am Freitag Abend, etwa um 10 Uhr, sah Sir Morell Mackenzie den Kaiser, welcher zu dieser Zeit gut, aber mit einem leichten Nebengeräuschi atmerte, da sich etwas Schleim in der Lufttröhre befand. Eine Viertelstunde später rief der Nachtkrankenwärter Dr. Hovell, welcher unverzüglich kam und denselben Zustand wie Dr. Mackenzie fand. Da er sah, daß nichts Besorgniserregendes vorlag, kehrte er in sein Zimmer zurück. Kaum hatte er jedoch den Kaiser verlassen, als der Wärter durch den Diener Dr. Wegener rufen ließ. Damit der Kaiser die prompte Pflege von Aerzten habe, welche besonders in Behandlung von Krankheitssällen, wie dem vorliegenden, erfahren sind, bewohnten Dr. Mackenzie und Dr. Hovell Zimmer, die unmittelbar an diejenigen des Kaisers anstoßen. Dr. Wegener, welcher auf Wunsch des Kaisers täglich zweimal, Morgens und Abends, Besuch macht, wohnt in einem entfernten Schloßflügel. Dr. Mackenzie hat die Anordnung getroffen, daß immer ein Wärter und ein Diener im Zimmer des Kaisers verbleiben und sich nicht entfernen dürfen. Indessen gestattete er, daß Dr. Wegener so oft, als es den Dienern notwendig erscheine, gerufen werde, vorausgesetzt, daß dazu ein besonderer Diener verwandt würde. In jener Nacht kam Dr. Wegener, als er gerufen wurde, sah den Kaiser und ging fort. Es wurde keine frische Medicin verordnet und nichts gethan, da kein Grund dafür vorlag. Das Ereignis hatte auch keine sonstigen Folgen. Trotzdem unternahm der Wärter, zweimal während der Nacht den Kaiser zu fragen, ob Majestät nicht schlecht atmete. Das regte den Kaiser natürlich auf und er stellte die auf Papier geschriebene Frage an Dr. Hovell: „Der Wärter hat mich zweimal gefragt, ob ich nicht schlecht atmete. Warum thut er das?“ Am nächsten Morgen wurden Schritte in Berlin gehalten, einen anderen Wärter zu beschaffen. Es braucht nur hinzugefügt zu werden, daß Dr. Hovell jetzt bereits ununterbrochen fünf Wochen lang Nachtdienst thut und sehr vertraut mit den verschiedenen Krankheitsphasen des Kaisers ist. Ebenso darf wohl vorausgesetzt werden, daß ein Arzt, welcher 13 Jahre lang Halskrankheiten studiert hat und vom Kaiser für seine persönliche Ergebenheit ausgezeichnet worden ist, so gut wie ein Wärter es verstehen wird, Krankheitssymptome zu beurtheilen.

* Berlin, 19. April 8 Uhr 50 Min. Das Fieber ist geringer und steht gegenwärtig. Die Aerzte glauben aber nicht an Beseitigung derselben, solange die Ursache, das Eindringen des Eiters aus der Kehle in die Lungen, nicht zu beseitigen ist.

○ Berlin, 20. April, 12 Uhr 10 Min. Ein neues amtliches Bulletin ist bisher nicht ausgegeben worden, indessen hat sich das Besinden des Kaisers etwas gebessert.

± Berlin, 20. April, 12 Uhr 12 Min. Nachts. Beim Kaiser stieg das Fieber in den Abendstunden über 39 Grad, also nicht so hoch als gestern. In Folge einer umfangreichen Eiterentleerung fühlte sich der Kaiser bedenkend erleichtert. Das Allgemeinbefinden ist etwas besser, die Aerzte hoffen, daß nicht Phämie (Blutvergiftung durch Eiter), sondern ein gewöhnliches Eiterfieber eintritt.

(Aus Wolff's tele

geben, um dem Kaiser Vortrag zu halten, kehrten aber sofort nach Berlin zurück, da der Kaiser Vorträge nicht entgegennahm.

Berlin, 19. April, 5 Uhr 45 Min. Der Kaiser hat während der Nacht ziemlich reichliche Nahrung zu sich genommen. Gegen zwei Uhr Mittags befehl der Kaiser selbst sein Diner und speiste im Bett aufgerichtet mit voller Appetit.

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 19. April. Die hochfachlichen Berl. Polit. Nachrichten schreiben: Die Verhandlungen über das Gesetz, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, nehmen denselben ungünstigen Verlauf wie die Commissionsberatung. Die Säze des § 1 sind in der Höhe belassen, welche den verfügbaren Betrag von 20 Millionen im Jahr nicht unerheblich übersteigt. Der Grundsatz der Schulgeldfreiheit ist wiederholt durchbrochen, eine Verfassungsänderung für nothwendig erachtet. Es ist klar, daß alle drei Beschlüsse die Aussichten auf das Zustandekommen des Gesetzes nicht vermehren. Dies gilt insbesondere von dem ersten und dritten der erwähnten Beschlüsse. Die Staatsregierung kann nach ihren wiederholten Erklärungen einer Erhöhung der Aufwendungen des Staates für den bezeichneten Zweck nicht zulassen. Es wird also jedenfalls bis zur letzten Sitzung eine Verständigung über die Heraussetzung der Säze stattfinden müssen, wenn anders nicht fruchtlos gearbeitet sein soll. Die angenommene Fassung würde eine kaum durchführbare Verlängerung der Session zur Folge haben. Sie würde die Rechtsbeständigkeit einer Anzahl von Bestimmungen des Staats und früherer Gesetze ernstlich in Frage stellen und der Gelehrte auch für die Folge in unerwünschter Weise Gefahr anlegen. Das Charakteristische an dieser Abstimmung ist dabei das, daß die sämmlichen Gegner des Gesetzes, sowohl diejenigen, welche es an sich aus schulpolitischen Gründen nicht wollen, wie diejenigen, welche aus dem Nichtzustandekommen des Gesetzes politisches Capital zu schlagen gedenken, gegen die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage stimmten. Ob es richtig ist, daß einer der namhaftesten Vertreter dieser Auffassung ausdrücklich die Taktik empfohlen hat, in die Vorlage so viel für die Regierung unannehmbar hineinzutragen, daß auf sie das Odium der Ablehnung falle, mag dahingestellt sein. Sedenfalls ist nach diesem Receipt stark gearbeitet worden. Ob alle, die dazu mitgewirkt haben, ihren und den von ihnen vertretenen Interessen wirklich entsprechend gehandelt haben, erscheint freilich fraglich.

* Berlin, 19. April. Der „Reichsanzeiger“ bestätigt, daß der ordentliche Professor Dr. Wissak zu Breslau in gleicher Eigenschaft in die juristische Fakultät der Universität Bonn versetzt worden ist.

* Wien, 19. April. Der bekannte Freihändler Professor Franz Neumann-Spallart, Verfasser der „Übersicht der Weltwirtschaft“ ist heut im Alter von 51 Jahren gestorben. — Ferner starb Fürst Salm, der Besitzer der Eisenfertigung zu Blansko, der größten in Mähren.

* Paris, 19. April. Bei der Verathung der Kammer über den Antrag Zumel's erklärte Floquet unter lebhaftem Beifall der Linken, er sei stets für die Revision der Verfassung gewesen, verlange aber, daß die Kammer den Zeitpunkt abwarte, wo es sich nicht mehr um eine von den Monarchisten gelegte Schlinge oder den durchblühten Mantel der Dictatur handele.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Berlin, 19. April. Fürst Leopold von Hohenzollern spendete für die Überschwemmten 5000 Mark. Nach Mittheilung des Unterstützungscomites für die Überschwemmten sind bis zum 18. April 1589 613 Mark eingegangen, wovon bereits 832 000 Mark in das Überschwemmungsgebiet abgesandt sind.

Posen, 19. April. Die Staatsanwaltschaft macht bekannt: In Folge des kaiserlichen Amnestieerlasses wird der hinter dem Erzbischof Ledochowski von dem hiesigen Kreisgericht ergangene Sieckbrief zurückgenommen.

München, 19. April. Die Kammer nahm mit Mehrheit den Ausschusshandlung auf Kassierung der Fürther Wahl des Demokraten Evara an.

Paris, 19. April. Die Kammer nahm mit 379 gegen 177 Stimmen die Tagesordnung an. Zumel (Linke) sprach aus, die Kammer habe Vertrauen zur Regierung, dieselbe werde es verstehen, den republikanischen Institutionen energisch Achtung zu verschaffen und die vom Lande verlangte Politik des Fortschritts, der Reformen und der Freiheit zur Geltung zu bringen. Der Antrag Wiedersheimer, eine Commission zur Revision der Verfassung Sonnabend zu ernennen, wird mit 340 gegen 215 Stimmen angenommen.

Paris, 19. April. Die Kammer vertrat sich bis Sonnabend. Boulanger kehrte in offenem Wagen nach dem Hotel Louvre zurück, von etwa 5000 bis 6000 Personen mit Hochrufen begrüßt.

Paris, 19. April. In den Gängen der Kammer herrschte lebhafte Bewegung. Alle Gruppen waren vor der Sitzung versammelt. Die äußerste Linke verwirft alle plebisitäre Ideen und sprach den Ausschluß der Boulanger aus. Die Union der Linken beschloß, nicht die Initiative zur Interpellation zu ergreifen. Die radikale Linke möchte sich mit dem Cabinet wegen Ernennung einer Commission zur Revision der Verfassung verständigen. Die Union der Rechten wünscht die Ernennung der Commission erst in der nächsten Sitzung. Es heißt, Boulanger erscheine erst um 4 Uhr. Zahlreiche Gruppen halten die Kammergänge besetzt. Alle zur Kammer führenden Straßen sind polizeilich gesperrt.

Paris, 19. April. Boulanger, Laguerre, Leherisse und Deroulede verließen in offenem Wagen um 2 Uhr das Hotel Louvre und betraten um 3 Uhr die Kammer. Unterwegs wurden sie mit den Rufen „Es lebe Boulanger“ begrüßt. Die Kammeröffnung war bereits eröffnet. Floquet erklärte, bevor die Tagesordnung festgestellt werde, seien einige Erörterungen zwischen der Kammer und der Regierung nothwendig. Die Lage sei nicht so gefährlich, wie man sage, immerhin sei sie ziemlich ernst. Die Regierung wolle wissen, ob in der Kammer eine Majorität vorhanden sei, die bereit sei, dem Cabinet ein Vertrauensvotum zu geben. Das Cabinet wolle das Vertrauen der Kammer haben, und die republikanischen Institutionen gegen diejenigen vertheidigen, welche sich mit der monarchischen Fahne decken, oder der Nation ein plebisitärer Räthsel aufgeben. Zumel (Linke) will über die allgemeine Politik interpellieren, Floquet acceptirt die sofortige Verathung. Es folgen die bereits gemeldeten Kammerbeschlüsse.

London, 19. April. Unterhaus. Der erste Schatzlord Smith gab dem tiefsten Bedauern über das Leiden des Deutschen Kaisers Ausdruck, welches nicht bloss dem deutschen Volke, sondern auch allen alliierten Freunden Deutschlands die lebhaftesten Besorgnisse einflößt.

Handels-Zeitung.

△ Cementfabrik Groschowitz. In einer am 16. d. M. zu Breslau stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths der Schlesischen Actiengesellschaft für Portland-Cementfabrikation zu Groschowitz bei Oppeln berichtete der Vorstand über den Verlauf des Geschäfts während der letzten zwei Monate. Der Versand von Portlandcement wurde durch den ungewöhnlich langen Winter und seit einigen Wochen auch durch Mangel an gedeckten Eisenbahnwaggons beeinträchtigt, während seit

Beginn der günstigeren Witterung die Aufträge ganz besonders reichlich eingehen. Da in den allerletzten Tagen die Gestellung von Waggons wieder regelmässiger geworden ist, darf auf baldiges Eintreten des normalen Zustandes gerechnet werden, wonach die eingehenden Ordres innerhalb 24 bis 48 Stunden zur Ausführung gelangen. Abschlüsse zur successiven Abnahme während der Saison laufen über 100 000 Normaltonnen mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres und zu Preisen, welche die Durchschnitts-Verkaufspreise pro 1887 um ca. 13 p.Ct. übersteigen. Es wurden während des ersten Quartals 1888 producirt ca. 74 000 Normaltonnen gegen rot. 55 600 während des gleichen Zeitraums 1887. Endlich wurden einige bauliche Erweiterungen der Anlagen beschlossen, für welche das reichliche Betriebscapital ohne jede Inanspruchnahme von Crediten die Mittel darbietet.

* Krakau-Oberschlesische Eisenbahn-Obligationen und Prioritäts-Aktion. Die Nummern der am 16. April ausgelosten befinden sich im Inseratentheile.

* Donnersmarckhütte. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto pro 1887 befinden sich im Inseratentheile.

Ausweise.

Paris, 19. April. [Bankausweis.] Baarvorwahl, Zunahme Gold 3 137 000, Zun. Silber 2 356 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 27 714 000, Gesammtvorschüsse Abn. 1 833 000, Notenumlauf Abn. 7 447 000, Guthaben des Staatsschatzes Abn. 2 428 000, Laufende Rechn. der Privaten Abn. 6 713 000.

London, 19. April. [Bankausweis.] Totalreserve 13 562 000, Notenumlauf 24 134 000, Baarvorwahl 21 496 000, Portefeuille 19 555 000, Guthaben der Privaten 25 092 000, Guthaben des Staatsschatzes 7 928 000, Notenreserven 12 062 000 Pfd. Sterl.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 19. April. **Neueste Handelsnachrichten.** Zum Course des Bankdirectors Winkelmann in Leipzig wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben, dass die Schlussvertheilung unmittelbar bevorsteht. Während die Gläubiger Jerusalems etwas über 2 p.Ct. ihrer Forderungen ausgezahlt erhalten, können aus der Winkelmann'schen Concursmasse nur 0,4 p.Ct. an die Gläubiger verabfolgt werden. Der Massenbestand beträgt nach Abzug einer bevorrechtigten Forderung von 708 M. nur 5023 M., während sich die nicht bevorrechtigten Forderungen insbesondere insgesamt auf 1275 832 M. belaufen. — Die von den Ältesten eingesetzte Commission zur Festsetzung von Normativbestimmungen für Prospective ist damit beschäftigt, ein Gutachten anzufertigen, welches die Erfahrungen der letzten fünf Jahren auf diesem Gebiet zusammenfasst. Die später danach zu treffenden Bestimmungen haben lediglich den Zweck, den Sachverständigen zum Anhant zu dienen, sind aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. — Die deutsche Effecten- und Wechselbank vertheilt 7 p.Ct. Dividende. — Eine Depesche aus Petersburg meldet, dass heute Vormittag der Wirkliche Staatsrat Sam. Poljakow dort plötzlich verstorben ist. Herr Poljakow wohnte der Bestattung der Leiche eines Freundes bei und starb auf dem Kirchhof in Folge eines Schlaganfalls. — Dem „B.B.-C.“ zufolge sind Bestrebungen im Gange, drei der grössten Breslauer Privat-Rhederien in Form einer Actiengesellschaft zu vereinigen und demgemäß deren Betrieb entsprechend zu vergrossern. Es wäre dies eine neue Concurrenz der Schlesischen Dampfer-Compagnie, deren Action soeben an die Berliner Börse gebracht worden sind.

Frankfurt a. M., 19. April. Die Directoren der Dynamit-Trust-Company schlagen 7 1/4 Prozent Dividende vor.

Berlin, 19. April. **Fondsbörsche.** Die neusten Nachrichten über das Befinden des Kaisers wirkten bei der Eröffnung selbstverständlich sehr deprimirend auf die Börse, die in grosse Erregung geriet. Jedoch klammerte man sich im Verlaufe der Börse an den Strohhalm der Hoffnung, den das Bulletin von heute Vormittag mit seinen etwas tröstlicher lautenden Meldungen brachte und die Tendenz gestaltete sich schliesslich ziemlich fest. — Creditactien gewannen 1/8, während Disconto-Commandit 1/8, Deutsche Bank 1/4, Berl. Handelsgesch. 1/4 p.Ct. einbüsten. Deutsche Fonds waren schwächer, 4- u. 3 1/2 proc. Consols 0,10 p.Ct. niedriger, ausländische Fonds waren kaum verändert, nur Russ. Noten gingen um 3/4 M. auf 166 1/2 zurück. Am Eisenbahnmärkten waren Marienburger und Franzosen bevorzugt und höher, im Uebrigen waren deutsche Bahnen meist abgeschwächt, österreichische wenig verändert. Von Montanwerthen gewannen Laurahütte zu 92 7/8 1/4, Bochumer Gussstahl lagen unverändert. Am Cassamarkt notierten höher: Redenhütte Stamm-Prior. 0,50, Oberschles. Bedarf 1, Schles. Zinkhütten 1,50; niedriger: Donnersmarckhütte 1, Marienhütte Kotzenau 0,70, Tarnowitz St.-Pr. 0,75 p.Ct. Von Industriepapieren lagen besser Bresl. Eisenb.-Wagen 1, dagegen verloren: Bresl. Bierbrauerei 2,25, St.-Pr. 1, Gürkritz, Eisenb.-Bed. 0,50, Oppeln. Cement 1, Schles. Cement 0,75 p.Ct.

Berlin, 19. April. **Produotonenbörsche.** Heute, wo flache Berichte vorlagen, war die Tendenz naturgemäss matt. — Weizen loco behauptet, Termine schwächer, Mai-Juni 170 3/4, Juni-Juli 173—173 1/2 bis 1/4, Juli-August 175—175 1/2—175, September - October 175—175 1/2—175. Roggen loco schwach, Termine 1/4 M. niedriger, April-Mai 119 3/4—1/2, Mai-Juni 121 1/4, Juni-Juli 124—23 1/4—24, Juli-Aug. 126 1/4, Septbr.-Octbr. 129 1/4. — Hafer loco wenig verändert, Termine schwächer, April-Mai 117, Mai-Juni 117 1/4—1/2, Juni-Juli 119, Juli-Aug. 119 3/4—1/2, Septbr.-Octbr. 121 1/2—20 1/4. — Roggenmehl 5—10 Pf. niedriger. — Mais ruhig. — Kartoffelfabrikate fest. — Rüböl ging wenig um. Trotz der Pariser Hause haben sich die Preise nur für nahe Lieferung, und auch dafür nur unbedeutend gebessert. — Petroleum still. — Spiritus, in effectorer Waare knapp offerirt, notierte in allen Gattungen höher. Termine haben davon nur unwesentlichen Nutzen gezogen. Der Verkehr blieb zu wenig rege, als dass eine nennenswerthe Steigerung hätte Platz greifen können. Versteuerter Spiritus gekündigt 100 000 Liter. Kündigungspreis 93,5 n. 96,3 M., loco ohne Fass 97,7 M. bez., per April-Mai 96,4 M. bez., per Mai-Juni 96,7 M. bez. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe gek. 20000 Liter. Kündigungspreis 58,5 Mark, loco ohne Fass 51,2 M. bez., per April-Mai 50,7—51,1—51 M. bez., per Mai-Juni 51—51,2—51,6 M. bez., per Juni-Juli 51,8—51,9 M. bez., per Juli-August 52,4—52,5 M. bez., per August-September 53—53,2 M. bez., per September - October 53,3—53,5 Mark bez. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 32,5 M. bez., per April-Mai 31,7—31,9 M. bez., per Mai-Juni 32 bis 32,2—32,1 M. bez., per Juni-Juli 32,8—32,9 M. bez.

Hamburg, 19. April, Vorm. 11 Uhr. (Anfangsbericht.) **Kaffee.** Good average Santos per April 58 1/4, per Mai 58 1/4, per September 54 1/4, per December 52 1/2. Behauptet.

Hamburg, 19. April, 3 Uhr 30 Min. (Schlussbericht.) **Kaffee.** Good average Santos per April 58 1/4, per Mai 58 1/4, per September 54 1/4, per December 52 1/2. Behauptet.

Nävare, 19. April, 10 Uhr 30 Min. (Teleg. von Peimann, Ziegler u. Co.) **Kaffee.** Good average Santos per Mai 68,75, Käufers, per September 64,50, Käufer, per December 63,50. Ruhig.

Magdeburg, 19. April. **Zuckerbörsche.** Termine per April 13,725 M. bez. u. Gd., per Mai 13,80—13,85 M. bez., per Juni 13,925 M. Gd., 14,00 M. Br., per Juni-Juli 13,95 M. bez. u. Gd., per Juli 14,05 M. bez., per August 14,10—14,125 M. bez. u. Gd., 14,15 M. Br., per September 13,95 M. Br., 13,90 M. Gd., per October 12,975 M. Gd., 13,00 M. Br., per Octbr.-December 12,85 M. bez. u. Gd., per November, Novbr.-Debr. 12,825 M. bez. u. Gd. — Tendenz: Stetig.

Paris, 19. April. **Zuckerbörsche.** Rohzucker 88° ruhig, loco 36,25—36,50, weisser Zucker behauptet, per April 38,75, per Mai 39,00, Mai-Aug. 39,30, per October-Januar 36,00.

London, 19. April. **Zuckerbörsche.** 96 proc. Javazucker 15 1/2, ruhig, Rüben-Rohzucker 13 1/4, ruhig.

London, 19. April. **Rübenzucker.** Schwach. Bas. 88 per April 13, 7/2, per Mai 13, 9, per June 13, 10 1/2, neue Ernte 12, 7/2.

Glasgow, 19. April. **Rohesel.** | 18. April. | 19. April. Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. | 38 Sh. 8 1/2 P. | 38 Sh. 7 1/2 P.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Wien, 19. April. [Schluss-Course.] Ruhig. Cours vom 18. | 19. Credit-Actien ... 269 25 268 80 Marknoten 62 40 62 40 St.-Eis.-A.-Cert. 220 20 222 50 40% ung. Goldrente. 96 92 96 75 Lomb. Eisenb. 74 50 74 25 Silberrente 80 50 80 40 Galizier 193 75 193 75 London 127 11 127 12 Napoleon's. 10 06 10 06 Ungar. Papierrente. 85 65 85 65

Liverpool, 19. April. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Stetig.

Berlin, 19. April. [Amtliche Schluss-Course.] Schluss besser.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Cours vom 18. | 19. Inländische Fonds.

Mainz-Ludwigshaf. 105 70 105 30 D. Reichs-Anl. 40% 107 70 107 70 Galiz. Carl-Ludw.-B. 77 90 77 80 do. do. 31/2% 101 20 101 20 Gotthard-Bahn. 119 80 119 70 Preuss. Pr.-Anl. de55 153 — 152 90 Warschau-Wien. 130 50 130 50 Pr.31/2%St. Schldsch 100 40 100 50 Lübeck-Büchen. 162 40 161 60 Preuss. 40% cons. Anl. 107 10 107 10 Mittelmeerbahn. 120 60 — Prss. 31/2% cons. Anl. 102 — 101 90 Schl.31/2%Pfdbr.L.A. 100 10 100 10 Schles. Rentenbriefe 104 40 104 40 Posener Pfandbriefe 102 50 102 40 do. do. 31/2% 99 70 99 70

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau. 51 20 52 — Ostpreuss. Südbahn. 112 75 113 —

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Obersch. 13/2%Lit.E. 100 50 100 50

do. 41/2% 1879 103 80 —

Neueste Modellhüte,
sehr geschnickt und geschmackvolle Formen, empfiehlt zu bekannt soliden Preisen
J. Bachstitz,
Puz-Atelier, Neue Schweidnigerstraße 1.
Hüte werden in eigener Fabrik modernisiert.

Meine Saal-Localitäten

in bester Lage der inneren Stadt, für größere und kleinere Gesellschaften vorzüglich geeignet, halte ich auch während der wärmeren Jahreszeit zur Feier von Hochzeiten &c. unter den conlängsten Bedingungen angelegenst empfohlen. [4518]

G. Kunicke,
„König von Ungarn“, Bischoffstr.

Nur nicht verzweifeln. Schwere Fälle von Lungenschwindsucht, Nerven-Zerrüttung, Gehirn- und Rückenmark-Leiden werden am schnellsten u. sichersten durch die Sanjana Heilmethode beseitigt. Zusendung dieses berühmten Heilverfahrens erfolgt gänzlich kostenfrei durch den Secretär der Sanjana Company, Herrn C. Wirtgen zu Köln a. Rh. Die Dir.

Amalie Loebmann,
Simon Friedländer,
Verlobte. [4866]
Platz. Katowic.

Herrmann Alner, Apotheker,
Gertrud Alner, geb. Lust,
Vermählte. [6231]
Grottkau, Leobschütz,
den 16. April 1888.

Durch die Geburt eines munteren Mädchens wurden heute früh 5 Uhr hoch erfreut [6260]
Bacharias Weiz und Frau Johanna, geb. Callomon.
Breslau, den 19. April 1888.

Statt besonderer Meldung.
Die Geburt eines Knaben zeigen ergebenst an [2420]
Scriba und Frau. Pfungstadt, den 18. April 1888.

Statt besonderer Meldung.

Heute Nacht 2 Uhr entschlief nach längerem Leiden sanft unsere innigst geliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter und Tante, [4900]

Fran Marianne Bodländer,
geb. Rosenthal,

im 80. Lebensjahr.

Brieg, den 19. April 1888.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Schon wiederholte hat der Tod in die Stadtverordneten-Versammlung eine schmerzhafte Lücke gerissen. [4901]

Gestern Abend 10^{3/4} Uhr verschied nach kurzem Leiden der Stadtverordnete,

Herr Anton Grudzinski.

Derselbe hat über 25 Jahre der Stadtverordneten-Versammlung, in welcher er seit vielen Jahren als Protokollführer fungierte, angehört und den städtischen Angelegenheiten ein reges Interesse erwiesen.

Wir werden dem Dahingeschiedenen stets ein dankbares Interesse bewahren.

Ratibor, den 18. April 1888.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Heute Nachmittag 5^{1/2} Uhr verschied nach langem schweren Leiden unser innigst geliebter guter Mann, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe,

der Kaufmann

J. S. Simenauer,

im Alter von 46 Jahren.

Dies zeigt im tiefsten Schmerz mit der Bitte um stillen Theilnahme an

Im Namen der Hinterbliebenen
Louise Simenauer,
geb. Dallmann.

Bethen OS., 18. April 1888. [2418]

Beerdigung: Freitag, 20. April, Nachmittag 3 Uhr.

Am 17. d. M. verschied nach langen schweren Leiden unsere liebe Gattin, Schwester, Schwägerin u. Tante, Frau **M. Günther**, verw. Hiller, geb. Gallwitz. Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Sonnabend, den 21. d. M., vom Allerheiligsten-Hospitale aus.

Gottesdienst neue Synagoge: Freitag, d. 20. April, Abends 7^{1/2} Uhr. Sonnabend, d. 21. April, Morg. 8^{1/2} Uhr. Predigt..... 9^{1/2}

An den Wochentagen: Morgen 6^{1/2} Uhr, Abends 7^{1/2} Uhr. Gottesdienst Storch-Synagoge. Freitag, d. 20. April, Abends 7^{1/2} Uhr. Sonnabend, d. 21. April, Morg. 8^{1/2} Uhr. Predigt..... 10

An den Wochentagen: Morgen 6 Uhr, Abends 7^{1/2} Uhr. Gottesdienst neue Synagoge: Freitag, d. 20. April, Abends 7^{1/2} Uhr. Sonnabend, d. 21. April, Morg. 8^{1/2} Uhr. Predigt..... 10

An den Wochentagen: Morgen 6 Uhr, Abends 7^{1/2} Uhr.

Alt-katholische Gemeinde. Heute Vortrag im blauen Hirsch.

Obersee. (Gymn.) mit best. Bezugn. über erfolgr. Unterricht, erh. billige Stund. Off. O.B. 22 Exped. d. Bresl. B.

Schönstes Geschenk!

Von kleinen Porträts, besonders von Photographien Verstorbener, fertige ich große Wandbilder [6055]

* Ich von 3 Mark an.

* Prompte Erledigung schriftl. Aufträge.

Ad. Pick, Photograp.

Nicolaistr. 69.

Erstes Breslauer Lehr-Institut der doppelten Buchführung

in nur 3 Büchern [4897]

Sonntag, den 22. April,

im Schießwerder,

veranstaltet von Bürgern der

Oder-Borstadt,

von der Capelle des Schles. Feld-

Art.-Regts. Nr. 6, Capellmeister

Herr W. Ryssel,

unter gütiger Mitwirkung ge-

schätzter Künstler u. Dilettanten.

(Gewähltes Programm.)

Ansang 4 Uhr. Entree à Person 50 Pf.

Vorverkauf à 40 Pf. Kinder bis

12 Jahre 20 Pf. [6254]

300 Mark w. g. aufst. Berg. u. mon. Abz. v. 20 Pf. zu leihen geschr.

Gef. Off. K. 20 Exped. d. Bresl. B.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.
Gottschall, Blüthenkranz neuer deutscher Dichtung.
In höchst eleg. Einband und ganz neuer Ausstattung.
5 Mark. [6911]

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Für die Neberschwemmen gingen ferner ein:
Barlich 2 M., Breslauer Künstler-Verein 136 M., Mathilde Gräf 5 M., Carl Langner 50 Pf., Bureau und Kaffebiener der königl. Eisenbahn-Direction und des Betriebs-Amtes Brieg-Lissa 22,30 M., Bürger-Verein Ober-Heiduk durch Fr. Marie Jadisch-Breitzen 25 M., Sammlung im Amtsbezirk Göschwitz: Graf Reichenbach 100 M., Rothe 15 M., Leider 15 M., Helm 5 M., v. Sommerfeld 10 M., Böhmer 15 M., Görtsch 6 M., Kapuscinski 3 M., Wittenberg 2 M., Weiß 1,50 M., Welz 1,50 M., Bieder 1,50 M., Krause 1,50 M., Richter 1,50 M., Radbyl 3 M., Keller 2 M., Schüttler 1,50 M., Scholz 2 M., Zimmer 1 M., Melzig 1 M., Ronge 1 M., Sehel 1 M., Brunz 1 M., Schillheim 1 M., Herrmann 1 M., Marguard 1 M., Beyer 1 M., Offhaus 1 M., Drabner 1 M., Franz 1 M., Scholz 1 M., Chille 1 M., Kreuchwig 1 M., Hübler 1 M., Kühn 1 M., Weiß 1 M., Göschwitz 1 M., Schulz 1 M., Breining 1 M., Otto 1 M., Dette 1 M., Höher 1 M., Kurnet 1 M., Strauss 1 M., Schippe 1 M., Triebler 1 M., Richter 1 M., Franz 1 M., Kurnet 1 M., Missale 1 M., Schönfeld 3 M., verschiedene Unbenannte 13,15 M., Erbs 50 Pf., Pietrich 50 Pf., Wybieralski 50 Pf., Gernot 50 Pf., Schlenker 50 Pf., Eicha 50 Pf., Lieb

50 Pf., Plunke 50 Pf., Dette 50 Pf., Jendricke 50 Pf., Lorenz 50 Pf., Schissale 30 Pf., Langner 30 Pf., Berck 25 Pf., Rechnungs-Rath Beyer 3 M., Gehr. Somme 30 M., Baterl. Frauen-Zweig-Verein Katowitz 990,16 M., dto. Slawenkitz 1500 M., dto. Dels 3 M., Rate 599,25 M., dto. Carolath 51 M., dto. Beuthen OS. 2. Rate 141,80 M., dto. Liegnitz 3. Rate 800 M., Summa 4556,01 Mark. Hierzu die zuletzt ausgewiesenen 58 658,28 Mark. Zusammen 63 214,29 Mark.

Außerdem gingen an Kleidungsstücke, Bettlen, Wäsche, Schuhwerk &c. ein von: vielen Unbenannten, Barone von Bissing-Neu-Golguth, Fr. Rosa Sperber, Fr. Gottliebe Dewerry, Fr. Dr. Joseph, Fr. Karlfundstein, Kaufmann Heinrich, Fr. Quitt, Gräfin Saurma, Banischer-Liegnitz, Emma Bennohold, Baterl. Frauen-Zweig-Verein Ober-Weistritz, Frau Prof. Hermann Cohn.

Wir bitten herzlichst und dringend um weitere Gaben, welche dankend in Empfang nehmen unser Schatzmeister Herr Theodor Wiskott hier, Flurstraße Nr. 3, sowie die Expedition dieser Zeitung.

Breslau, den 18. April 1888.

Der Prov.-Verband der Vaterländ. Frauen-Vereine Schlesiens und der Vaterländ. Frauen-Zweig-Verein in Breslau.
A. Herzogin von Ratibor.
Marie Moritz-Eichborn. [2409]

Ring No. 37. Pariser & Strassner, Ring No. 37.

Alle Neuheiten
für die bevorstehende Saison
find in reichhaltigster Auswahl eingetroffen.
Deutsche, französische und englische Stoffe
von den
elegantesten bis zu den einfachsten
Genres.

Großes Confections-Haus
Ring Nr. 37. **Pariser & Strassner, Ring Nr. 37.**

Unser fertiges Lager in Herren- und Knaben-Garderobe bietet die grösste Auswahl von dem elegantesten Salon-Costume bis zu dem einfachsten Alltags-Anzug.

Die Ausfertigung nach Maß erfolgt innerhalb 24 Stunden.

Thalia - Theater.

Eden-Theater.

Großes phant.-myst. Etablissement.
Hente Freitag, Abends 7^{1/2} Uhr,
außergewöhnliche Vorstellung.

Nener Cyclos. **Vollständige Novität für Breslau.** **Grand Attraction**
Dir. Schenk als

Kadivar-Si-Benda,

oriental. Zanberer u. Schlangenbeschwörer,

Die Wunder Mohammeds oder die schwarze Kunst vor 1000 Jahren.

Keine der bisher in Breslau gespielten Productionen werden einen so geheimnisvollen Reiz ausüben, wie die Wunder des orientalischen Schlangenbeschwörers **Kadivar**. Selbige haben eine unvergleichlich wunderbare Darstellungsweise, und sind die Mysterien, welche vor Zeiten von den orientalischen **Kadirs** ausgeführt wurden und der Neuzeit unbekannt geblieben, die denkbar sensationalen Productionen.

Ferner Aufführung des reizenden Balletts

Diamantina

mit Auftreten der räthselhaften Lufttänzerin als Goldfliege. Transformator Maurice Lebrun. Reise um die Erde.

Niesen-Wunderfontainen. Tableaux vivants von 20 Damen.

Anfang 7^{1/2} Uhr. Billets am Tage bei Herrn Schlech.

Sonnabend und Sonntag finden 2 Vorstellungen statt.

Nachmittags herabgesetzte Preise. [4890]

Breslauer Disettanten - Verein.
Musikalische Soirée
zum Besten der Neberschwemmen

im Musikaal der kgl. Universität
Sonntag, d. 22. April,
Abends 7^{1/2} Uhr.
Billets à 75 Pf. sind bei Herrn Victor Zimmer, vormals Leuckart'sche Sort.-Buchh., Albrechtsstrasse 52, Ecke der Schuhbrücke, und Abends an der Kasse zu haben.

Personliche Einladungen ergehen nicht. Der Vorstand.

Professor Soltmann
wohnt jetzt [6238]

Gartenstraße 29a.

Sprechst.: 3-4 Uhr Nachm.

Special-Geschäft
für Bier-Versand

in Fässern und Flaschen aus den best renommierten Brauereien empfehlen loco

frei ins Haus

geliefert von 3 Mark ab:

25 Fl. Lagerbier von E. Januscheck, Schweidnitz.

25 Fl. Tafelbier von Kipke.

20 Flasch. Dresdener Waldschlösschen.

20 Fl. Grätzer Bier.

15 Fl. Böh. Lagerbier.

15 Fl. Lichten Culmbacher Exportb.

12 Fl. München Spatenbr. von Gabriel Sedlmayr.

12 Fl. Pilsener Lagerbier, I. Pilsen. Act.-Brauerei.

6 Fl. English Porter.

5 Fl. English Ale.

Einlage pro Flasche 10 Pf.

Auswärtige Bestellungen, jedoch nicht unter 50 Flaschen, werden prompt erledigt.

Preisverzeichnisse für Wiederverkäufer werden auf Wunsch zugesandt. Aufträge in Quantitäten von mindestens 33 Hekt. werden ab Culmbach, München, Pilsen und Dresden in eigenen Eis-Waggons der Brauereien ausgeführt.

Bestellungen innerhalb der Stadt erbitten frankiert per Stadtpost.

M. Raschkow, Sack-Fabrik,

Hoflieferanten, Breslau,

Sehr billige Schiffsfrachten
für alle Artikel von und nach London stellen
Blothner & Grafe, Spediteure, Hamburg und
Breslau, Graupenstr. 9.

Mineralbrunnen- und Mollen-Trink-Anstalt
im Atrium der Liebigs-Höhe.

Eröffnung am 22. April er.

Ausgang aller Mineralbrunnen, reiner Kuh- und Ziegenmilch
und Schweizer Molke, "Garantie für frische Füllung". Preise wie
in den Brunnenhandlungen. Ich werde das seit 18 Jahren mir erworbene
Vertrauen auch ferner zu bewahren suchen und bitte um regen Zuspruch.

[4853] **F. Huth.**

Kulmbacher Export-
Brauerei

vorm. Simon Hering
Aktiengesellschaft.

Niederlage
Breslau.

A. Herrmann,
Breslau,
Comptoir Schmiedebrücke 22, I.
Unter Anderen führt
Herr B. Czaya,
Breslau,
Neue Kirchstraße Nr. 9,
„Mönchshof“
in Flaschen. [2411]

Mönchshof

Thierschaufest in Steinau a. D.
Dinsdag, 29. Mai 1888. [2416]

Loose zur Lotterie à 1 Mark u. Programm zu beziehen durch
den Schriftführer Jeltsch, Carlruh bei Steinau a. D.

Karl Riesel's
Gesellschaftsreisen

nach Brüssel (Ausstellung), Paris 5. Mai, 16 Tage 550 Mark.
Württemberg: 1) nach Wien. Abelsberger Grotte (von 100 000
Laternen erleuchtet), Seebad Abbazia, Triest, Venezia und Oberitalien,
17. Mai, 16 Tage 500 Mk. [2184]
2) Nach Kopenhagen (Nordische Ausstellung), Schweden u.,
17. Mai, 10 Tage 300 Mk., 6. Juli Nordcap (Mitternachtssonne!),
26 Tage 1000 Mk.
Programme gratis in **Karl Riesel's Reisekontor**, Berlin SW.,
Anhaltstr. 2 (am Anhalter Bahnhof) oder Friederichstr. 96 (gegen-
über dem Central-Hotel). Auch Annahmestelle für combinbare
Kundenscheine. Vorwärtig: "Riesel's Schlüssel zum Selbstkombiniren
mit Karte" (2 Mk.), Hotel-Kuponbuch (1 Mk.).

Familienanzeigen,

Visitenkarten, moderne Briefpapiere und Couverts
mit Verzierungen oder Monogrammen
werden bei mir elegant und schnell in eigener Druckerei angefertigt.

N. Raschkow jr., Ohlauerstrasse 4, 1. Et.,
Hoflieferant, Papierhandlung und Druckerei. [4596]

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau ist soeben erschienen:

Planimetrische Aufgaben

Für den Gebrauch
im Schul-, Privat- und Selbst-Unterricht. Oberl. a. Gymnas.-zu Hamm.
Zweiter Theil: Aufgaben, geordnet nach Auflösungs-Methoden und mit
Anleitung zur Behandlung versehen.

Zweite umgearbeitete Ausgabe.

Gehetzt 1 M. 60 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. [4768]

Haar-Touren

für Damen und Herren,
nur eigenes, bestes Fabrikat, so auch jede andere Haararbeit empfiehlt
nur gut und aufwändig billig. [4893]

J. A. Kindler, Perückenmacher, Ring 20.



Geldschänke,
bei Feuer und Einbruch
bewährt,
ohne Säulen und Riegel
Breslau, Wallischgasse. [4893]

M. Brost, allerbilligsten Preise.

Sämtliche Zimmer elektrisch beleuchtet.

Grand Hôtel Bellevue
(früher Thiergarten-Hôtel)
I. Rang-Hôtel in bester Lage.
Berlin W., Potsdamerplatz. —

Neu eröffnet. [2309] Neu eröffnet.

Licht und Service wird nicht berechnet.

Vorzüglichste Betten.

Personen-Fahrstuhl.



Krakau-Oberschlesische Eisenbahn-Obligationen
und Prioritäts-Aktionen.

I. Obligationen

zu 100 Thaler.

Verzeichniß

der 340 Nummern, welche in der 38. Verlosung am 16. April 1888
gezogen worden sind und vom 2. Juli 1888 ab bei dem Bankause

E. Heimann in Breslau durch Baarzahlung ein-

gelöst werden.

7	2189	4020	6354	8203	10633	12851	15892
82	2200	4109	6357	8246	10663	12892	15986
93	2238	4127	6397	8255	10839	13073	16128
223	2255	4139	6414	8270	10946	13094	16132
227	2390	4257	6474	8383	10965	13175	16177
348	2460	4326	6475	8389	10980	13275	16205
376	2467	4391	6534	8510	11079	13464	16228
455	2504	4437	6546	8534	11133	13652	16239
586	2531	4600	6596	8610	11157	13654	16360
592	2608	4613	6687	8625	11186	13662	16361
603	2683	4627	6750	8884	11199	13705	16393
674	2753	4643	6797	8892	11293	13742	16414
680	2819	4664	6858	8930	11303	13829	16467
773	2873	4769	6890	8938	11304	13850	16498
865	2894	4777	6904	8956	11372	13881	16548
878	2925	4805	6907	8984	11374	13922	16555
901	2975	4806	6911	9017	11390	13953	16623
934	2987	4883	7073	9045	11552	13985	16652
969	3010	4900	7094	9127	11620	14187	16694
1029	3012	4938	7122	9241	11633	14332	16697
1035	3027	4941	7204	9300	11764	14357	16735
1061	3062	4944	7245	9332	11887	14435	16766
1115	3143	5068	7257	9342	11930	14541	16826
1171	3209	5152	7331	9555	11977	14562	17054
1200	3290	5385	7397	9567	11987	14609	17066
1236	3302	5427	7399	9605	12060	14659	17111
1284	3355	5531	7449	9625	12063	14700	17149
1335	3378	5620	7500	9705	12069	14804	17190
1489	3412	5773	7593	9826	12153	14813	17220
1537	3433	5783	7639	9893	12268	14875	17229
1665	3488	5794	7671	9901	12279	14878	17307
1724	3529	5821	7677	9928	12287	14900	17392
1773	3542	5823	7685	9954	12289	14909	17428
1791	3558	5949	7704	10043	12301	14912	17468
1859	3600	5974	7712	10146	12387	15092	17648
1923	3654	5976	7777	10188	12441	15314	17677
1937	3697	5989	7808	10211	12455	15353	17696
1983	3714	6087	7877	10293	12487	15490	17843
2004	3789	6094	7886	10381	12492	15522	17900
2023	3817	6114	7953	10400	12501	15632	
2090	3825	6125	8006	10422	12632	15649	
2111	3887	6171	8057	10523	12635	15718	
2163	3944	6290	8171	10618	12799	15872	

II. Prioritäts-Aktionen

zu 100 Thaler.

Verzeichniß

der 66 Nummern, welche in der 39. Verlosung am 16. April 1888
gezogen worden sind und vom 2. Juli 1888 ab bei der **Landes-**

hauptkasse in Krakau bezahlt werden.

20	488	987	1637	2205	2464	2951	3410
32	682	1008	1672	2232	2498	2976	3491
63	719	1154	1798	2284	2500	3020	3584
72	760	1165	1898	2308	2525	3090	
116	909	1285	1964	2321	2690	3281	
197	911	1362	1988	2381	2700	3326	
219	931	1401	2000	2390	2830	3331	
341	942	1551	2043	2404	2873	3360	
380	955	1611	2154	2420	2911	3388	

Ausstands-Nachweis

enthaltend die in den lebhaft verlosten vier Jahren verlosten Krakau-
Oberschlesischen Eisenbahn-Obligationen und Prioritäts-Aktionen, welche bisher
zur Rückzahlung noch nicht beigebracht worden sind.

Eisenbahn-Obligationen.				Prioritäts-Aktionen.			
<							

Donnersmarckhütte

Oberschlesische Eisen- und Kohlen-Werke, Actien-Gesellschaft.

Bilanz am 31. December 1882.

Gewinn- und Verlust-Conto am 31. December 1887.

D e b e t .	C r e d i t .
An Zinsen-Conto:	
Zinsen der 5% Prioritäts-Anleihe von Mr. 1 500 000.— pro I. Halbjahr.....	Mr. 37 500.—
Mr. 1 300 000.— pro II. Halbjahr.....	Mr. 32 500.—
 Zinsen, Provision und Wechselstempel für den Wechsel-Discont-Credit Disconto, Provision &c.	
ab: Zinsen von unserem Guthaben bei den Banquiers &c.	
 An General-Umkosten-Conto	
An Abschreibungen:	
auf Immobilien und Inventarien	
An Gewinn, zur Vertheilung laut Bilanz	
	606 01
	419 427 55
	36 178 92
	47 679 57
	914 14
	1 228 85
	48 965 49
	9 303 91
	9 457 88
	3 092 73
	84 —
	576 333 04
	576 939 05

Zabrze DS., den 17. April 1888.

Der Vorstand. Galda.

Sanct Anna-Kurquelle
zu Altreichenau bei Freiburg i. Schlesien,
ein reiner alkalischer Säuerling und zugleich Natron-Lithium-Quelle, empfohlen bei allen chronisch-catarrhalischen Affectionen der Athmungs- und Verdauungsorgane, bei Nieren- und Blasenleiden, Harngräss, Gicht, sowie Gelenkrheumatismus. — **Eröffnung der Trink- und Badekur am 1. Mai c.** — Der Kurort ist von Freiburg und Salzbrunn, als den nächstgelegenen Eisenbahnstationen der Breslau-Freiburger Bahn, sowie von den Stationen Ruhbank und Wittgendorf der Schlesischen Gebirgsbahn bequem und schnell zu erreichen. Zwischen Altreichenau und Freiburg cursiren täglich einmal Post und Omnibus. Bequeme und gesunde Wohnungen sind in hinreichender Zahl vorhanden und ist die Brunnenverwaltung zu jeder Auskunft hierüber gern bereit. Versand des Brunnens zu jeder Zeit durch [4300]

Die Brunnen-Verwaltung
zu Altreichenau bei Freiburg i. Schl. und R. Stille
in Breslau, Albrechtsstrasse 35|36.
Niederlage in Mineralbrunnen-Handlungen und Apotheken

Deinste süße saftreiche Blutäpfelchen,
das Dutzend von 50 Pf. an.
schönen weißen italienischen Blumenkohl,
rheinischen Waldmeister, Malta-Kartoffeln empfiehlt [6250]
J. Titze. Junkernstr. 8.

Antisetin ist das einzige sicher wirkende Mottenmittel. Echt.

Deffentliche Ausschreibung auf Erneuerung des Delfarbenanstrichs
der Oderbrücken bei Döbernfurth und Steinau im Gesammtumfange von
14 000 qm. Die Lieferungsbedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer
21 des Centralbahnhofes aus und sind auch von da gegen portofrei
zur Einwendung von 50 Pf. zu beziehen. **Eröffnung der Angebote am**
4. Mai, Vormittags 11 Uhr. Bei der innerhalb vier Wochen erfolgenden
Buchlagsertheilung werden nur solche Unternehmer berücksichtigt, welche
durch beigebrachte Zeugnisse ihre Leistungsfähigkeit nachweisen. [489]
Breslau, den 12. April 1888.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (Brieg-Lissa).
Verdingung einer Wasserleitungs-Anlage.
Im Wege der öffentlichen Ausschreibung soll die Wasserleitungsanlage
für den Bahnhof Trebnitz, sowie von dort nach der Kohl'schen Brauerei
ebendaselbst beschafft werden. Lieferungsbedingungen und Zeichnungen
liegen in dem unterzeichneten Bureau von 9—12 Uhr Vormittags zu
Einsicht aus und werden von demselben gegen postfreie Einfördung von
baar 3 M. unfrankirt abgegeben. Die Angebote sind verschlossen, postfrei
und mit der Aufschrift „Angebot auf Lieferung einer Wasserleitungsanlage
für Bahnhof Trebnitz zu dem auf Mittwoch, den 9. Mai 1888,
Vormittags 11 Uhr, anberaumten Termine an das unterzeichnete Bureau,
Brüderstraße 36, einzureichen. Fuschlagsfrist 3 Wochen.
Breslau, den 17. April 1888.

Motten, Schwaben, Wanzen, Flöhe vertilgt radical nur das ächte Tineol [4865]
von E. Stoermer's Nachf. F. Hoffschildt. Oblauerstr. 24/25

Die in hiesiger Stadt neu errichteten öffentlichen Anschlagsäulen und Tafeln sollen zur Benutzung an einen Unternehmer verpachtet werden, dem in hiesiger Stadt die alleinige Berechtigung zum Ankleben von Placaten an diesen Anschlagsvorrichtungen eingeräumt werden soll. Die Verpachtung erfolgt zunächst auf die Zeit vom 1. Mai c. bis zum 1. April 1891. Die Pachtbedingungen und der Tarif, den Pächter bei Ausübung des qu. Gewerbes zu beachten verpflichtet ist, liegen in unserer Rathsregistratur (Zimmer 7 des Rathauses) aus, auch können dieselben gegen Erstattung der Copialien von dort bezogen werden. Zu diesem Be-
hufe haben wir einen öffentlichen Auktionstermin auf [4899]
Montag, den 23. d. M., Vorm. 10 Uhr,
im Zimmer 5 des Rathauses anberaumt, zu welchem wir Pachtlustige

Bisquit den 18. Nov. 1888

18. April 1888.
Der Magistrat.

Concursverfahren.

Im Spinnereibesitzer **Ernst Schneider**'schen Concurse von Poln. Weistritz soll die Vertheilung der Masse erfolgen. Es sind dazu **6200 M.** vorhanden. Nach dem auf der Gerichtsschreiberei IV des hiesigen Königlichen Amtsgerichts niedergelegten Verzeichniß sind dabei bevorrechte Forderungen **keine**, nicht bevorrechte **46 090,02 M.** zu berücksichtigen, was gemäß Bestimmung des § 139 d. R.-C.-O. bekannt gemacht wird. [2413]

Schweidnitz, den 18. April 1888.

F. A. Schmidt, Concursverwalter.

Wem daran gelegen ist, eine reine, blendend weiße Haut zu erzielen, dem wird die längst bewährte Eau de Circassienne-Seife, per Stück 80 Pf. des Parf. Fr. Kuhn, Nürnberg, erprobt gegen Haartücher, Sommerwroschen, Flechten, Fünne, gelbe, rauhe u. trockene Haut, empfohlen. Zur jetzigen Jahreszeit mit Erfolg anzuwenden. In Breslau nur bei **E. Gross**, Neumarkt Nr. 42.

Mineral-Wasser-Fabrik mit Dampfbetrieb zu verkaufen.

Meine in den Kellerräumen der Apotheke gelegene Seltersfabrik, mit guter, sicherer Kundenschaft (9 Seltershallen am Ort, beliebter Ausflugsort im Sommer), sehr hebungsfähiges Unternehmen, bin ich willens umständshalber noch vor Gründung der Saison billig zu verkaufen.

Offeraten sub B. O. 125 an die Exped. d. Bresl. Btg. [4814]

Bekanntmachung.

In unserm Firmenregister ist heut eingetragen worden:

bei der unter Nr. 514 eingetragenen Firma [4875]

Heiler's Nachfolger O. Gürler in Schweidnitz, Colonne 6 Bemerkungen:

"Die Firma ist erloschen", und unter neuer Nr. 648 die Firma

Heiler's Nachfolger

Eugen Schneider

mit dem Sitz zu Schweidnitz und als deren Inhaber der Kaufmann

Eugen Schneider zu Schweidnitz.

Schweidnitz, den 12. April 1888.

Königliches Amts-Gericht,

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist unter Nr. 376 die Firma **H. Dörfel** und als deren Inhaber der Kaufmann

Heinrich Dörfel zu Schönb erg,

377 die Firma **Dr. Heymann** und als deren Inhaber der Apotheker

Dr. Siebert Heymann zu Schönb erg,

378 die Firma **H. Müller** und als deren Inhaber der Brauereibesitzer

Heinrich Müller zu Schönb erg,

379 die Firma **Julius Grallert** und als deren Inhaber der Mühlenbesitzer **Julius Grallert** zu Leutmannsdorf,

380 die Firma **A. Reich** und als deren Inhaber der Mühlenbesitzer **Adolf Reich** zu Alben-

dorf,

381 die Firma **A. Anders** und als deren Inhaber der Mangelbesitzer **Anton Anders** zu Schönb erg,

382 die Firma **August Hentschel** und als deren Inhaber der Müllermeister und Bäcker

August Hentschel zu Klein-

383 die Firma **Heinrich Maiwald** und als deren Inhaber der Mühlenbesitzer **Heinrich Mai-**

wald zu Görlsdorf,

heut eingetragen, unter Nr. 384 die Firma **Josef Güllert** heut gelöscht worden. [4876]

Schönb erg, den 17. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Folgende Firmen: [4883]

Simon Heymann

zu Tarnowitz, Inhaber: Kaufmann **Simon Heymann** da-

selbst, eingetragen unter Nr. 24

des hiesigen Firmenregisters,

b. die Handelsgesellschaft

Hallmann & Comp.

zu Mifultschütz, letzte Theilhaber: Disponent **Adolf Hallmann** und Victualienhändler **Johann Görlich** zu Bahrze, eingetragen

166

unter Nr. 6 des hiesigen Ge-

schäftsregisters,

find nach den statthabten Er-
mittelungen erloschen. Das Erlösche-
niss soll von Antis wegen in das Handels-
register eingetragen werden, da die
zu Anmeldung dieser Thatsache Ver-
pflichteten ihrer Person bezw. ihrem
Aufenthalte nach unbekannt sind.
Die genannten früheren Inhaber der
bezeichneten Firmen oder ihre Rechts-
nachfolger werden hiermit aufgefordert,
einen etwaigen Widerspruch
gegen die beauftragte Eintragung
bis zum 15. August d. J. schriftlich
oder zu Protokoll des Gerichts-
schreibers bei dem unterzeichneten
Gericht geltend zu machen.

Tarnowitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Zum hiesigen Gesellschaftsregister
ist heut unter Nr. 18 mit dem Sitz
zu Tarnowitz die offene Handels-
gesellschaft [4884]

Gebrüder Berger,

welche am 28. Februar 1888 begon-
nen hat und deren Theilhaber die
Kaufleute **Siegfried Berger** und
Hugo Berger zu Tarnowitz sind,
eingetragen worden.

Tarnowitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister wurde
heut unter der laufenden Nr. 687
die Firma [4873]

Josef Heimann

zu Gleiwitz und als deren Inhaber
der Kaufmann **Josef Heimann** in
Gleiwitz eingetragen.

Gleiwitz, den 13. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

eine reine, blendend weiße Haut zu er-
zielen, dem wird die längst bewährte
Eau de Circassienne-Seife, per Stück 80 Pf. des Parf. Fr. Kuhn, Nürnberg,
erprobt gegen Haartücher, Sommerwroschen, Flechten, Fünne, gelbe,
raue u. trockene Haut, empfohlen. Zur jetzigen Jahreszeit mit Erfolg
anzuwenden. In Breslau nur bei **E. Gross**, Neumarkt Nr. 42.

Frische Schellfische, Seezungen, Silberlachs,
frischen Butterlachs, 1 bis 2 Pf. schwer, sehr billig,
hochfeinen [6266]
geräuch. Weser-Lachs,
offerirt von neuen Sendungen billigst
Paul Neugebauer
46 Ohlauerstrasse 46.

Lebende Forellen, Aale, Flusshechte, Hammern, frischen

Lachs, schön und billig,

Zander, Schellfische, Hecht, Seezungen, Schollen, Dorsch, Cabeljau, Laberdan, hochfeinen

Astr. Caviar, junge Gänse, Hamburger Hühner, frische Gurken, Kiebitzeier

empfiehlt [6248]

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 152 die Firma

Max Weiss

zu Gleiwitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Max Weiss** zu Gleiwitz eingetragen worden. [4874]

Gleiwitz, den 12. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 152 die Firma

C. Schwarz

zu Rositz und als deren Inhaber der Bahnhofs-Restaurateur **Carl Schwarz** zu Rositz eingetragen worden. [4879]

Gleiwitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 152 die Firma

Louis Kary

zu Imielin und als deren Inhaber der Kaufmann **Louis Kary** zu Imielin eingetragen worden. [4880]

Gleiwitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 150 die Firma

Louis Miedzwinski

zu Groß-Chelm und als deren Inhaber der Kalfotenbesitzer **Louis Miedzwinski** zu Groß-Chelm eingetragen worden. [4881]

Gleiwitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist heute unter laufende Nr. 148 die Firma

Salo Weichmann

zu Burrowitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Salo Weichmann** zu Burrowitz eingetragen worden. [4882]

Gleiwitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Bei der unter Nr. 125 unseres Firmenregisters eingetragenen Firma:

Auguste Sylla

zu Poln.-Wartenberg ist heute vermerkt worden:

Die Firma ist durch Kauf auf die verehrtliche Kaufmann **Francesca Sylla**, geborene Hübner, zu Poln.-Wartenberg übergegangen. Ferner ist in unser Firmenregister unter der neuen Nr. 172 (früher 125) die Firma: [4877]

Auguste Sylla

zu Poln.-Wartenberg und als deren Inhaberin:

die verehrtliche Kaufmann **Francesca Sylla**, geborene Hübner, zu Poln.-Wartenberg

heute eingetragen worden.

Poln.-Wartenberg, d. 4. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 26. April er.

Nachmittag 2 Uhr, werde ich in der fröhlichen Weigt'schen Papierhandlung zu Bad Landeck "Winfridia" [4885]

1 compl. Leihbibliothek, welche die besten Werke englischer u. deutschher Autoren enthält (elegant eingebunden), im Ganzen mit vollständiger Ladeninrichtung

öffentlich meistbietend gegen Baar-

zahlung freiwillig versteigern.

Landeck, den 18. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Zum hiesigen Gesellschaftsregister

ist heut unter Nr. 18 mit dem Sitz

zu Tarnowitz die offene Handels-

gesellschaft [4884]

Gebrüder Berger,

welche am 28. Februar 1888 begon-

nen hat und deren Theilhaber die

Kaufleute **Siegfried Berger** und

Hugo Berger zu Tarnowitz sind,

eingetragen worden.

Tarnowitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register wurde

heut unter der laufenden Nr. 687
die Firma [4873]

Gebrüder Berger,

welche am 28. Februar 1888 begon-

nen hat und deren Theilhaber die

Kaufleute **Siegfried Berger** und

Hugo Berger zu Tarnowitz sind,

eingetragen worden.

Tarnowitz, den 14. April 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register wurde

heut unter der lauf